Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Halle und Saalekreis und die Inserate Rudolf Kochanzki, Halle, für den übrigen Anhalt Ernst Bürrmann, Magdeburg. Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprechanschluß 1150. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27.

Nr. 13. **Halle, Freitag den 15. Juni 1917.** **1. Jahrgang.**

Nach griechischem Muster.

Die Entthronung des Griechenkönigs Konstantin ist auf der Ententekonferenz in London am 28. und 29. Mai beschlossen worden. Die Ausführung überließ England einem französischen Kommissar, dem Senator Jonnart. Vierzehn Tage später hatte er schon den Auftrag ausgeführt, den Abdankungsbrief Konstantins in Händen. Die sechs Monate, die seit dem Athener Straßenkampf vom 1. und 2. Dezember des Vorjahrs verflossen, waren von den bewaffneten und unbewaffneten Streitkräften der Westmächte zielsicher benutzt worden. Die Ernte war reif. Sie konnte geschnitten werden, und sie wurde geschnitten.

Aus reiner Uneigennützigkeit, wie der westliche Draht zu lästern wagt. Aus reiner Uneigennützigkeit hat die Entente zwei Jahre lang Griechenland gedemütigt, bedrängt, geknebelt, drangsaliert, bedroht und vergewaltigt. Aus reiner Uneigennützigkeit haben die Westmächte griechischen Boden zum Aufmarschieren für ihr Expeditionsheer gemacht; aus reiner Uneigennützigkeit die staatlichen Einrichtungen des Landes, die Post, die Bahnen, die Schiffe, schließlich das Kriegsmaterial und jetzt die thessalische Ernte für sich angeeignet und zu Kriegsmitteln wider die Gegner der Entente, nicht die Gegner Griechenlands gestempelt. Aus reiner Uneigennützigkeit haben die Beschützer aller kleinen Staaten griechischen Boden zum Kriegsschauplatz bestimmt, hat Italien die griechische Provinz Epirus mit ihrer Hauptstadt Janina besetzt. Aus reiner Uneigennützigkeit sollte Griechenland in den Krieg gegen die Mittelmächte, Bulgarien und die Türkei gepeitscht werden; die Entente hatte gewiß und wahrhaftig nicht den geringsten Vorteil davon. Es ging nicht um Interessen des Elfverbandes, es ging lediglich um die griechische Freiheit, Einheit und Zukunft. Daß bei diesem uneigennützigen Werke die griechische Souveränität in Stücke ging, daß die „politische Ehre" des Landes zerfetzt und zerrissen wurde, daß dabei nicht nur das Völkerrecht, sondern auch das Staatenrecht zu einem wesenlosen Schatten verflüchtigte, sieht die Kämpfer für Recht, Freiheit und Selbstbestimmung aller Völker nicht an. Sie gingen ihren Befreiungsweg bis zum Ende, an dem heute die Entthronung und Gefangennahme des Königs steht.

Das Befreiungswerk ist damit natürlich noch nicht erledigt. Den Thronfolger Georg, den ältesten Sohn Konstantins, hat man sich schon vom Halse geschafft. Ob man den von Konstantin in seinem Abdankungsbrief bezeichneten zweiten, jetzt 24jährigen Alexander sich als Nachfolger gefallen lassen wird, ist noch recht fraglich. Die englisch-französische Diplomatie geht niemals offen aus Werk. Ihr freundliches Anerbieten, einen Nachfolger zu bestimmen, halten wir nur für eine Kulisse, dazu bestimmt, die erste Empörung zu besänftigen. In Wahrheit wird der Oberkommissar Jonnart das Seine tun, um die ganze Dynastie zu beseitigen; sie bietet der Entente in keinem ihrer Glieder pupillarische Sicherheit. Das Ziel ist die griechische Republik mit dem getreuen

Knappen Venizelos an der Spitze

und dies Ziel wird auf einem kleinen Umweg auch erreicht werden. Den Anfang mit der Umwälzung zugunsten der Westmächte hat Venizelos ja schon vor einem halben Jahre gelegt. Griechisch-Mazedonien und die griechischen Inseln haben sich unter seiner Führung mit gütiger Ermahnung französisch-englischer Kanonenschlünde vom Stammland gelöst, eine „unabhängige" Republik gegründet und gegen den Vierbund den Krieg erklärt. Jetzt wird das Stammland nachfolgen. Venizelos wird als Sieger in Athen einziehen.

Ob ein Teil der Bevölkerung etwa Widerstand gegen seine Beschützer und Freiheitsbringer leisten wird, erscheint fraglich. Das Land ist von Anfang an gespalten gewesen. Nur dadurch war es der Entente möglich, den Keil einzutreiben und das Volk schließlich auseinander zu sprengen. Die Einigkeit wird nicht gewachsen sein. Was aber auch immer an Widerstand da oder dort geleistet werden mag, die Westmächte werden darüber Herr werden. Wenn der Hungertyphus durch die Dörfer und Städte schleicht, erlahmt die Gegenwehr, erstirbt das beleidigte Rechtsgefühl, erlischt Kraft und Sinn zur Abwehr des sonst unerträglichen Zustandes völliger Rechtlosigkeit.

Wer die Macht hat, hat das Recht. Wer das Meer beherrscht, schwingt

die Geißel des Hungers

über das Land. Sie hat Griechenland überwältigt; sie wird um die übrigen Randstaaten Europas geschwungen. Es gibt kein Land und kein Volk, das nicht unter den schmählichen Rechtsbrüchen und Vergewaltigungen der Entente zu leiden hat.

Der Fall Griechenland wird so zum Schulbeispiel für die Rechtsnot, unter der die Völker und Staaten der Erde stehen, und die unermüdlich aufzuzeigen die Aufgabe aller sein muß, die einen dauernden Frieden begründen wollen. Niemand kann, sofern er nicht jedes Rechtsgefühls bar ist,

bestreiten, daß Griechenland zur Abwehr all der unrechten Bedrängnis durch die Entente das volle Recht des Waffengebrauchs besessen hätte. Hat sich doch Holland sofort, als England und Frankreich seine wichtigste Seestraße, die Scheldemündung, nach griechischem Muster in ihren militärischen Operationskreis einbeziehen wollten, energisch zur Wehr gesetzt, seine Truppen und Seestreitkräfte mobil gemacht und durch das entschlossene Vorgehen der Entente den ersten Schritt zum Unrecht verleidet. Der einzige Grund des verschiedenen Verhaltens liegt darin, daß sich Holland einig und stark genug fühlte, Griechenland jedoch nicht einig und nicht stark genug war. Der Krieg hat nur jedermann das sichtbar gemacht, was schon vor ihm galt. Im Verhältnis der Staaten zueinander herrscht noch immer das

brutale Recht des Stärkeren.

Wo aber rechtlose Gewaltübung möglich ist, dort wird sie nur zu sehr wahrscheinlich. Die Staatenwelt aller Kontinente lebt unter dem Drucke der Entente im Stande der Anarchie.

Man hat die Kleinstaaten und Kleinvölker sowie ihre Rolle in diesem Kriege gepriesen — weil die meisten von ihnen abseits vom Kriege stehen und manche sich an ihm wirtschaftlich bereichern —, man hat ihr Los auf der andern Seite beklagt, weil sie wie Belgien, Polen und Serbien in die Gegensätze der Großen verstrickt und zwischen deren Fronten gleichsam zerrieben werden. Das Urteil wird nach dieser oder jener Richtung neigen, je nach dem Volke, das man vor Augen hat. Indessen nötigt der Gang der Ereignisse, schärfer zu prüfen. Vor dem Kriege fanden sich Staaten aller Größenverhältnisse nebeneinander in unbesorgter Ruhe, ein Zustand, der sich in der

Rechtsformel der Souveränität

den passenden Ausdruck gab. Die volle und uneingeschränkte Souveränität stand dem Rechte nach jedem zu, dem Großen wie dem Kleinen. Sie bedeutete die jeden andern ausschließende Hoheit über Gebiet und Volk und die eignen öffentlichen Einrichtungen im Innern wie die völlige Freiheit des politischen und wirtschaftlichen Handelns nach außen. Faßt man den Inhalt des Selbstbestimmungsrechts konkret ins Auge, so sieht man sofort, wieviel die Kleinstaaten, die friedlichen nicht minder als die kriegführenden, schon jetzt eingebüßt, wie sie beinahe zu Provinzen der seegewaltigen großen Westmächte geworden sind. Auf dem stillen Wege der Tatsachen, durch allmähliche Aushöhlung, wobei der Name der Souveränität nicht angetastet und bestritten wird.

Zuvörderst ist ihre Freiheit nach außen in verschiedenem Maße verkümmert worden, je nach ihrer Lage. In beklagenswerten Zustand ist so die Schweiz durch die bloße Tatsache geraten, daß alle ihre Nachbarn im Kriege stehen, jeder seine Grenzen ängstlich behütet und die Verkehrswege verlegt, soweit es nur irgend möglich ist. Genua, Marseille, Antwerpen und Hamburg waren auch die Häfen der Schweiz und — die volle Verkehrsfreiheit vorausgesetzt — ganz bequeme Häfen. Nun aber vermag das Land über See nicht das geringste zu- oder abzuführen ohne fallweise Bewilligung scharfäugig sich kontrollierender Nachbarn.

Dem alten Völkerrecht nach dürfte freilich die Schweiz jegliche Art Zwischenhandel treiben, selbst mit Konterbande. Aber dieses unbestreitbare Recht ist untergegangen unter dem Drucke tatsächlicher Machtverhältnisse. Die Schweiz bedarf nun zur gewohnten Kohlenzufuhr aus Deutschland die positive Zustimmung sowohl Deutschlands als der Feinde Deutschlands; sie lebt also in der Zwangslage, ihren Lebensbedarf zu retten, indem sie ihn einer indirekten Vereinbarung von Feinden entreißt! In gleicher Weise muß sie ihre Zufuhr aus Marseille und Genua sicherstellen. Ein solcher Zustand verträgt sich juristisch freilich noch mit dem königlichen Namen der Souveränität, ist aber praktisch äußerst kläglich und heißt wirtschaftlich besser:

allseitige Abhängigkeit!

Und die Schweiz erkauft ihn mit ungezählten Millionen ständiger Rüstungsbereitschaft.

Nicht minder schlimm steht es um Holland. Die ehemalige Beherrscherin der Meere ist nicht einmal mehr in der Lage, aus ihren eignen Kolonien die eignen Erzeugnisse frei heim zu verfrachten und dem zu verkaufen, der das meiste bietet. Nicht nur die freie Schiffahrt der Neutralen unter eigner Flagge auf offner See ist untergegangen, sondern auch die freie Heimschiffahrt und Heimfischerei. Hollands Fischer dürfen ihre Heringsbeute nicht im Heimathafen löschen, damit sie dort kaufe, wer will: England hat durch Gewaltstreich gegen die Fischer dem Markt auf dem Festland Regeln gesetzt wie eine heimische Marktbehörde.

Holland grenzt zu Lande direkt an Deutschland, Gebiet an Gebiet, und nicht der geringste Zweifel besteht, daß der Grenzdienst dort ausschließlich der holländischen Souveränität untersteht. So einfach und plump wie in Griechenland ist man gegen Holland nicht verfahren, daß man ihm den Zolldienst wegnahm. Aber durch mittelbare Erpressungen reguliert England den Grenzverkehr zwischen Holland und Deutschland so scharf, als wäre

Holland eine englische Provinz!

In Griechenland nahm man die Postanstalten sozusagen körperlich weg, in Holland ideell, indem man die Postdampfer in britische Häfen verschleppt, die Sendungen erbricht, und was verdächtig ist, beschlagnahmt!

Nur ein weniges besser steht es mit Schweden, und auch das nur, weil Schweden praktisch die Landverbindung zwischen England und Rußland in der Hand hat und Erpressung mit Erpressung vergelten kann.

Mit dieser rein tatsächlichen Abhängigkeit rechtlich souveräner Staaten wirbt die Entente für sich Bundesgenossen. Sie macht sie so lange zu ihrem passiven Kriegsmittel, daß es ihnen beinahe als Rettung erscheint, aktiver Kriegsteilnehmer zu werden. Auf diese Weise aber werden rechtlich souveräne Staaten im Wege tatsächlicher Uebung tatsächlich zu hörigen Provinzen der Entente. In Griechenland ist dieses Experiment bloß mit schonungsloser Offenheit zu Ende geführt worden. Aber die Lage der andern europäischen Randstaaten ist nicht wesentlich anders. An Spanien erproben sich jetzt die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170615-19/fragment/page=0001

Zähne der Westmächte. Norwegen ist schon längst unterstan gemacht worden. Die Reeder ziehen daraus ihre ungeheuern Millionengewinne; die Presse dient ihnen und die Bewohner des Landes seufzen. Dänemark hat in diesen Tagen eine Abordnung zu den Gewaltigen an der Themse geschickt. Mit dem Hut in der Hand bitten sie dort um so viel Handels- und Verkehrsfreiheit, daß sie ihr eignes Land ernähren können.

Die Aufnahme durch die jingoistische englische Presse ist feindselig. Erst auf die Knie, erst bedingungslose Unterwerfung unter das englische Gebot, mit Deutschland nicht den allergeringsten Handelsverkehr zu pflegen, erst dann sind die englischen Machthaber vielleicht so gnädig, den Dänen einen winzigen Teil ihres völkerrechtlich verbrieften Rechtes zurückzugeben.

Die Lage der Kleinstaaten ist wirklich überaus ernst geworden. Manche von ihnen mögen Geld ernten wie Hen, ihre staatliche Eigenherrlichkeit aber ist tief herabgemindert und ihre staatliche Zukunft nicht nur in Griechenland in Frage gestellt.

In allen diesen bedrängten, bedrohten oder vergewaltigten Ländern aber finden sich große Teile der Bevölkerung, die nach wie vor fest zur Entente, ihrer Gerechtigkeitsliebe und ihrer Erlösermission vom deutschen Drucke stehen. Ohne diese Stimmung könnten die Westmächte nicht einen Monat lang wagen, was sie seit drei Jahren den „Beschützten" geboten haben. So schwere Lasten können von Imponderabilien getragen werden, über die man in Deutschland gern geringschätzig die Achseln zuckt, weil man nicht versteht, sie vorzubereiten. —

Die Totengräber.

Der Bibliothekar des Preußischen Herrenhauses, Doktor Friedrich Thimme veröffentlicht in den „Grenzboten" einen offenen Brief an Heydebrand, in dem er dem konservativen Parteiführer wegen seiner Angriffe auf den Kanzler und die Regierung einen strengen Prozeß macht. Es sei unerträglich, in welcher Weise Männer, die sich konservativ nennen, in schwerer und gefährlicher Zeit die Autorität der Regierung in Frage stellten, in dem sie sie als jämmerlich schwach, fortwährend wankend und schwankend, Tag für Tag vor der Sozialdemokratie zurückweichend, haltlos zum Abgrund, letzten Endes zur Republik treibend, hinstellten. Da müßten auch konservative Männer, die bisher die Parteidisziplin hochgehalten hätten, endlich die Frage aufwerfen, ob Heydebrand nicht eher der Führer der Totengräber der konservativen Partei in Deutschland zu heißen verdiene. Habe er es doch fertiggebracht, die konservative Partei vollständig zu isolieren. Verlassen vom Zentrum, verlassen von den Nationalliberalen, mit denen sie so oft zusammengeing, verlassen selbst von ihren nächsten Nachbarn und Freunden in der Deutschen Fraktion, in vollem Unfrieden mit der Regierung, gestützt einzig und allein von einem Häuflein Alldeutscher, das nicht einen einzigen Reichstagswahlkreis sein eigen nenne, sei die konservative Partei in eine geradezu verzweifelte Situation geraten.

Den Grund dieser Erscheinung und zugleich den schlimmsten Fehler Heydebrands sieht Thimme darin, daß die ganze konservative Parteipolitik lediglich auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie eingestellt sei, und gegen die Regierung lediglich mit dem Vorwurf arbeite, daß sie im Banne der Sozialdemokratie stände. Zum Beweise berufe sich Heydebrand auf Scheidemanns „Drohung" mit der Revolution und den Berliner Munitionsstreik. Außerdem stelle er die Beschlüsse des Verfassungs-Ausschusses so dar, als ob dadurch die Selbständigkeit der Einzelstaaten und die letzten Rechte des Kaisers vollständig vernichtet werden sollten. Dieses ganze Schauergemälde sei nun von Anfang bis Ende gröblich verzeichnet und verzerrt.

Was zunächst die Kriegsziele des Kanzlers angehe, so könne kein wirklicher Staatsmann so töricht sein, auf die Mitwirkung der Sozialdemokratie zur Friedensvorbereitung zu verzichten. Jeder gute Deutsche hoffe und erwarte den vollen Sieg mit ganzem Herzen und starker Zuversicht. Aber selbst Bismarck habe im Höhepunkt seiner Erfolge stets auch die Möglichkeit eines entgleitenden Sieges mit in die Berechnung gezogen. So mathematisch gewiß sei auch heute der Sieg nicht, daß ein verantwortlicher Staatsmann daauf verzichten könne, zu versuchen, zunächst einmal mit Hilfe der Sozialdemokratie die Friedensneigung zu stärken und die Friedensverhandlungen in Fluß zu bringen. An dem guten Willen der deutschen Sozialdemokratie, unter allen Umständen das Beste des deutschen Volkes zu erstreben, sollte gerade ein konservativer Mann nicht zweifeln.

Thimme geißelt dann die jämmerliche Demagogie, welche die konservativen Zeitungen und Redner mit Scheidemanns letzter Reichstagsrede treiben. Wollte man nach dem gleichen Rezept gegen die Agrarier arbeiten, die bekanntlich oft genug gedroht hätten, wegen Zollfragen unter die Sozialdemokraten zu gehen, so könne man ihnen viel Schlimmeres nachweisen. Am 21. November 1893 habe die „Kreuzzeitung" z. B. geschrieben, daß infolge der Caprivischen Handelsverträge die Liebe zum Königshaus in der landwirtschaftlichen Bevölkerung erschreckend abnehme; opfere man den Russen die Landwirtschaft mit ihren 20 Millionen Menschen, könne man auch den Franzosen Elsaß-Lothringen geben! Ueberhaupt sei es unanständig, gegenüber der ungeheuern Leistung der Sozialdemokratie für die glückliche Verteidigung Deutschlands auf einigen Worten, selbst bösen Entgleisungen herumzureiten.

Den Kernpunkt des Thimmeschen Briefes erblicken wir in den Fragen, die er dann an Heydebrand richtet. Der konservative Parteiführer rede immer von Entgegenkommen an die arbeitenden Volksklassen; aber worin solle denn das bestehen? Vom Wahlrecht, vom Koalitionsrecht, von der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterklasse sage Heydebrand kein Wort. Dafür stelle er Einrichtungen, die der Verfassungs-Ausschuß vorgeschlagen habe, und die in einzelnen deutschen Staaten längst beständen, schon als eine Art Revolution hin. Aber die Revolution kommt wie in Rußland nicht durch Entgegenkommen an die Forderungen der Zeit, sondern durch starres Festhalten an der Reaktion.

Demgegenüber habe die Krone, der die konservativen mit Gewalt einen neuen Reichskanzler und Ministerpräsidenten aufzwingen wollten, in Deutschland und Oesterreich das bessere Teil erwählt und sich an die Spitze der Reformen gestellt. Indem die konservative Partei sich dem Rufe des Königtums nach dem „Geiste jener wahren Demokratie" versage, habe sie sich erst isoliert und werde sie sich schließlich vollständig ruinieren.

Was Thimme ausspricht, sind recht einfache und hausbackene Wahrheiten. Trotzdem wird sich die konservative Partei aus dem Klasseninteresse der bisher in Preußen alleinherrschenden Schicht auch diesem Mahnruf ganz gewiß verschließen. Die Quittung dafür wird sie erhalten, wenn die Kriegsteilnehmer wieder heimkehren. —

Was der Krieg bringt.

Ein kritischer Punkt.

Genosse Stauning, der aus Stockholm zurückgekehrt ist, hat sich, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, in einer Unterredung folgendermaßen ausgesprochen:

„Wir sind wieder an einem kritischen Punkt angelangt. So hoffnungsvoll wie früher kann ich mich nicht mehr aussprechen. Immer wieder wird die Friedensarbeit durch chauvinistische Strömungen gekreuzt.

Auf die Frage, wie weit die Verhandlungen in Stockholm gediehen sind, antwortete Stauning:

In der Hauptsache haben wir über die Auffassung der Parteien der Zentralmächte Klarheit bekommen. Aber es geht langsam vorwärts. Das Komitee hatte für den 15. Mai bis 10. Juni Separatverhandlungen geplant, aber mit diesem Plane mußte gebrochen werden. Die Vertreter der deutschen Minderheit waren zum 15. Mai einberufen, sind aber bisher nicht gekommen. Nicht Paßschwierigkeiten, sondern private Gründe haben ihre Abreise verhindert. Die Verhandlungen mit der deutschen Delegation haben längere Zeit in Anspruch genommen. Jetzt hat die Delegation ein Memorandum abgegeben, das Erklärungen über die Friedensbedingungen enthält, für die die deutsche Sozialdemokratie arbeiten wird. Das Memorandum soll veröffentlicht werden, sobald mit der Minderheit verhandelt worden ist. Es wird die Unwahrheiten entlarven, die durch Unwissenheit überall verbreitet worden sind.

Nach Besprechung der Schwierigkeiten mit den Entente-Sozialisten sagte Stauning auf die Frage, was geschehen soll, wenn Engländer und Franzosen nicht teilnehmen: „Dann muß überlegt werden, ob die Konferenz mittlerweile abgebrochen werden oder ob sie allein für jene Parteien weiter fortgesetzt werden soll, die ihren Anschluß an die Friedensarbeit der Sozialdemokratie erklären."

Stauning teilte weiter mit, daß die Delegation aus Rußland schon abgereist gewesen sei, aber heimgerufen wurde. Eine Verhandlung werde möglicherweise in Petersburg stattfinden durch Delegierte aus Stockholm, die dorthin abreisen wollten. Stauning schloß:

Mit vollem Ernste spricht man jetzt von einem neuen Winterfeldzug, ja von einer 2- bis 3jährigen Fortsetzung des Krieges. Hoffentlich aber wird die Sozialdemokratie aller Länder verstehen, welch ein ungeheures Unglück das für die Menschheit sein würde. Wir haben bis jetzt erreicht, daß überall über den Frieden gesprochen wird und daß die Wahrheit zutage kommt. Nicht länger ist man berechtigt, von der deutschen und von der österreichischen Sozialdemokratie als von Stützen einer Eroberungspolitik zu sprechen. Sie haben das klar und entschieden zurückgewiesen und haben dadurch den Genossen aller Länder gezeigt, auf welcher Grundlage die gemeinsame Aktion für den Frieden aufgenommen werden kann.

Am Dienstag schlossen die Verhandlungen des holländisch-skandinavischen Komitees mit der deutschen Delegation. Wenn die deutsche Minderheit nicht kommt, soll mit den Ukrainern verhandelt werden, von denen bisher der Oesterreicher Temnizkyj anwesend ist. Ein russischer Ukrainer soll gleichfalls zu den Verhandlungen erscheinen. Dann folgen die Tschechen, von denen Nemec und Habermann Sonntag von Prag abreisten. Smerral folgt am Tage darauf.

Eine Depesche an die Stockholmer französische Gesandtschaft deutet an, daß die Ankunft zweier französischer Sozialisten bevorstehe. Doch ist kein Zeitpunkt dafür angegeben.

Die deutsche Minderheit begründet ihren Reiseaufschub damit, daß den ältern Teilnehmern die mehrfache Reise erspart werden soll.

Von der deutschen Delegation sind die Genossen Legien und Sassenbach am Mittwoch nach Berlin abgereist. Die andern verlängern ihren Aufenthalt in Stockholm. —

* * *

Treibereien gegen Stauning.

Die Teilnahme des dänischen Ministers Genossen Stauning an den Stockholmer Vorbesprechungen hat die Wut der dänischen Chauvinisten sehr erregt, wie das schon bei mehreren Gelegenheiten in ihrer Presse zum Vorschein gekommen ist. Nunmehr haben die Vertreter der Konservativen und der Bauernlinken im Ministerium, die Minister ohne Portefeuille Rottböll und Christensen, die zur Beilegung der dänischen Ministerkrise gleichzeitig mit Stauning in das liberale Ministerium aufgenommen wurden, einen Protest gegen Staunings Teilnahme an der Friedenskonferenz eingelegt.

Genosse Stauning sagte einem Journalisten hierzu, daß er selbst zu bestimmen habe, mit wem und wo er zu sprechen gedenke. Ferner erklärte er, daß wenn einmal die eigentliche Friedenskonferenz beginne, die dänische Partei über die Vertretung Dänemarks zu bestimmen haben werde und niemand sonst.

In einer am Dienstag abend zu Kopenhagen abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung erklärte Stauning, er sei infolge der gegen ihn gerichteten Angriffe eines Teiles der dänischen Presse, die eine Verletzung der dänischen Neutralität in seinen Friedensbestrebungen erblicken wolle, bereit, aus dem Ministerium auszutreten, wenn dieses seine Tätigkeit zur Vereinigung der Völker in der Friedensarbeit für unzulässig erachten sollte. Als Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung sei er in dieser nicht vollkommen aufgegangn. —

Macdonalds Rußlandreise.

Die deutsche Staatskunst hat in der Welt wie im Lande keinen hohen Kurs. Als Genosse Landsberg jüngst im Reichstag das parlamentarische System mit der Begründung forderte, es herrsche in Deutschland Einstimmigkeit darüber, daß unter unsern Diplomaten keine 12er Kaliber seien, erhob sich im ganzen Reichstag nicht eine einzige Stimme des Widerspruchs. Jetzt, wo alle acht Tage eine neue mittelamerikanische Kriegserklärung einläuft, wo der griechische König abgesetzt und Spanien in Ministerkrisen gestürzt ist, wird man weniger als je geneigt sein, die Leitung der deutschen Staatsgeschäfte zu bewundern.

Aber bei manchen Stückchen der Entente-Diplomaten fragt man sich doch auch, ob bei ihnen die Fee der politischen Weisheit Pate gestanden hat. Die

Paßerteilung nach Stockholm

wächst sich mehr und mehr zu einer Blamage der Entente aus. Zuerst wurde Stockholm kurzerhand für eine deutsche Intrige, für eine plumpe Falle des Kaisers und der „kaiserlichen" Sozialisten erklärt. Das war das alte Schema, mit dem man sich, im Dezember v. J. um die deutsche Aufforderung herumgedrückt hatte, eine Friedenskonferenz zu beschicken und eine Einigung über die Friedensbedingungen zu suchen. Unter diesem Vorwand verweigerte zunächst der große Demokrat und Friedensfreund Wilson den amerikanischen Sozialisten die Pässe.

Dann machten die Russen den französischen Sozialisten klar, daß sie nicht daran dächten, ihre Knochen noch länger für englische Raubziele zu Markte zu tragen, und die französische Sozialdemokratie beschloß in jähem Wechsel der Anschauungen einstimmig die Beschickung von Stockholm. Nun kam der französische Ministerpräsident Ribot mit seiner Paßverweigerung gerade in dem Augenblick dazwischen, in dem der russische Arbeiter- und Soldatenrat im Einverständnis mit der Regierung offiziell die Einladung nach Stockholm ergehen ließ. Auch die Regierung Italiens und der serbische Gesandte in Bern beeilten sich, die Geste Frankreichs mitzumachen und die Reise nach Stockholm gewaltsam zu verhindern.

Kaum hatten sie das getan, da erklärte im Namen der englischen Regierung Bonar Law, der Botschafter in Petersburg und der in Petersburg weilende Arbeiterminister Henderson hätten eindringlich vor der Nichtgewährung der Pässe gewarnt; es könnte in Rußland die verkehrteste Auffassung entstehen, wenn man die Pässe verweigerte. Das wären Ohrfeigen für die andern Entente-Regierungen von Wilson bis Ribot, welche unbedingt keine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170615-19/fragment/page=0002

Waffe entstellen wollen, wenn die Zusage ehrlich gemeint wäre.

Man darf aber der englischen Regierung niemals über den Weg trauen. Dem Sozialdemokraten Fairchild ist der Paß nach Stockholm ohne alle Umschweife auch von demselben Bonar Law verweigert worden. Nur Macdonald und Roberts von der Unabhängigen Arbeiter-Partei sollen nach Petersburg reisen dürfen, nachdem sie sich unterschriftlich verpflichtet haben, weder direkt noch indirekt

mit dem „Feind" in Verbindung

zu treten. Diese Versicherung haben sie abgegeben. Nun kann die Regierung des Lloyd George sie ruhig abfahren lassen, nachdem sie noch rasch der Welt durch einen Seemannsstreik gegen diese Fahrt und diese Fahrgäste eindringlich vor Augen geführt hat, wie wenig Macdonald und Roberts die wirkliche Stimmung der englischen Arbeiterklasse verträten.

Macdonald hat sich inzwischen einem Ausfrager gegenüber über seine Reisepläne ausgesprochen. Er würde einen Sonderfrieden Rußlands für höchst unheilvoll halten und hofft durch die persönlichen Besprechungen mit den Mitgliedern des Arbeiter- und Soldatenrats in Petersburg dazu beizutragen, daß eine solche Katastrophe von England abgewehrt und Rußland für eine großzügige

europäische „Befreiungspolitik"

gewonnen werde. Danach kann man es allerdings leicht begreifen, daß die englische Regierung die Ueberzeugung ausdrückt, Macdonalds Reise liege gerade im Interesse der englischen Kriegführung.

Macdonald hat dem Ausfrager gegenüber weiter bedauert, daß er die deutschen Sozialisten nicht treffen könne. Wenn er Scheidemann begegnet wäre, und ihn aufgefordert hätte zu erklären, wie seine Haltung während des Krieges sich mit seinen früheren Aeußerungen vereinigen ließe, würde dies vielleicht eine nützliche Wirkung gehabt haben, und ebenso würde Scheidemann vielleicht einen mildernden Einfluß auf die englischen Jingos ausgeübt haben, wenn er mit ihnen zusammengetroffen wäre. Es ist wirklich bedauerlich, daß die englische Regierung Macdonald eine solche Zusammenkunft verboten hat und er sich dieser Bedingung unterwirft. Scheidemann würde andernfalls Macdonald auf seine Frage antworten, daß kein Mensch in der deutschen Sozialdemokratie jemals geglaubt hätte, daß die Arbeiter in den feindlichen Staaten und sogar in manchen neutralen Ländern sich so schmählich für einen

Vernichtungskrieg gegen Deutschland

würden einfangen lassen. Noch jetzt, während Scheidemann mit höchster Kraft die alldeutschen Eroberungspläne bekämpft, widmet sich Macdonald dem großen „europäischen Befreiungswerk", das darin besteht, Deutschland seine Grenzprovinzen im Osten, Westen und Norden und seine sämtlichen Kolonien wegzunehmen.

Wahrlich, da täte eine gründliche Aussprache not. Und je mehr sie aus dem Nebel der Phrasen über Friedenssicherung und Völkerbefreiung auf die konkrete Bestimmung der neuen Grenzlinien und der Geldzahlungen übergäne, desto nutzbringender würde sie sein.

Wir hoffen, daß Macdonald und die in England ja angeblich so einflußreichen Arbeiterparteien ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen werden, daß sie wenigstens auf der vom russischen Arbeiter- und Soldatenrat einberufenen Konferenz uns Auge in Auge gegenübertreten und in ehrlicher Aussprache erklären, was an Land und Gut sie uns zu geben, zu nehmen oder zu lassen gedenken. Wir werden ihnen die Antwort dann nicht schuldig bleiben. —

* * *

Der Seekrieg.

U 52 interniert in Spanien. Ein spanisches Torpedoboot fand am Montag früh in der Nähe der Bucht von Cadix das deutsche U-Boot U 52, dessen Maschinen durch Kanonenschuß beschädigt waren. Die Besatzung beträgt 20 Mann. Das U-Boot ist in den Hafen von Cadix eingeschleppt worden. Es darf mit den Schiffen der Zentralmächte, die im Hafen Zuflucht gesucht haben, nicht in Verbindung treten. Da die Ausbesserungen mehr als zwei Tage in Anspruch nehmen werden, wird das U-Boot interniert worden.

Ein amerikanischer Dampfer versenkt. Reuter meldet aus Washington: Ein deutsches U-Boot hat den bewaffneten amerikanischen Dampfer „Petrolite" (3710 To.) torpediert. 20 aMnn wurden gerettet, während zwei Boote mit Schiffbrüchigen noch vermißt werden.

* * *

Wie sich die Zeiten ändern!

„Djelo Naroda" veröffentlicht das folgende interessante Dokument:

Ministerium des Innern. Polizeidepartement. Besondere Abteilung.

26. Januar 1917.

Nr. 124012, Zimmer 2.

An die Herren Offiziere der Grenzgendarmerie.

Infolge von beim Polizeidepartement eingegangenen Nachrichten über das mögliche Eintreffen des bekannten Führers der Partei der Sozialisten-Revolutionäre Viktor Michailowitsch Tschernow an den Grenzen des Reiches bittet das Polizeidepartement Ew. Hochwohlgeboren sich in bezug auf die genannte Person des Rundschreibens über Nachforschungen vom 15. März 1913 sub Nr. 87015 — 238 (Art. 26217) zu bedienen.

(Folgen Unterschriften.)

Dieser Steckbrief galt dem heutigen Landwirtschaftsminister Rußlands. So ändern sich die Zeiten zwischen Januar und Mai des gleichen Jahres!

Aufsichtsratsposten.

Im Finanzverlag — Berlin C, Neue Friedrichstraße 47 — ist das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte für 1917 wieder erschienen. Das Buch gibt auch Auskunft über die einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sowie über die Verwaltungen, denen jede einzelne der im Adreßbuch aufgeführten Persönlichkeiten angehört.

Bei dem Geh. Kommerzienrat Louis Hagen in Köln zählen wir 56 Aufsichtsratsposten. Der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Karl Fürstenberg, ist Deputierter des Zentralausschusses der Reichsbank und bekleidet 55 Aufsichtsratsposten. Der Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder, Dr. von Schwabach, hat 42 Aufsichtsratsstellungen inne und gehört ebenfalls dem Zentralausschuß der Reichsbank als Deputierter an.

Die Zahl der Aufsichtsratsposten, die ein einzelner bekleidet, fällt dann allmählich ab. Von den bekanntern Namen nennen wir nur noch: Hugo Stinnes in Mülheim a. d. R. Er ist 17 mal Aufsichtsratsvorsitzender und 23 mal Mitglied des Aufsichtsrats oder eines Grubenvorstands, steht also insgesamt zu 40 Gesellschaften in Beziehung. Walter Rathenau gehört dem Aufsichtsrat von 39 Gesellschaften an. Bankdirektor Oskar Schlitter (Deutsche Bank) bekleidet 36, der Direktor der Deutschen Bank, Artur von Gwinner, 20 Aufsichtsratsposten. Dr. Artur Salomonsohn, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, ist Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank und gehört dem Aufsichtsrat von 19 Gesellschaften an. Bei dem Geh. Kommerzienrat Emil Kirdorf beträgt die Zahl der Aufsichtsratsstellen 18.

Der Reichstagsabgeordnete Ernst Bassermann ist Vorsitzender des Aufsichtsrats von 8 Gesellschaften und gehört den Verwaltungen 7 weiterer Gesellschaften als stellvertretender Vorsitzender oder als Aufsichtsratsmitglied an. Der Vizepräsident des Reichstags, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Paasche, hat 11 Aufsichtsratsstellungen, der Präsident des Reichstags, Doktor Kaempf, ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Darmstädter Bank und der Terrain-Aktiengesellschaft Park Wiskleden, ferner Deputierter des Zentralausschusses der Reichsbank und gehört dem Aufsichtsrat von 4 Aktiengesellschaften als stellvertretender Vorsitzender oder als Mitglied an. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Roesicke hat 7 Vorstands- und Aufsichtsratsposten; der Zentrumsabgeordnete Erzberger ist hingegen nur dem Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft Stahlwerk Thyssen verpflichtet.

Man sieht hieraus, wie eng verbunden das Kapital ist. —

* * *

Notizen.

Novelle zur Reichsversicherungsordnung. Im Reichsamt des Innern sind nach einer Notiz des „Berl. Lokalanz." Vorarbeiten für eine Novelle zur Reichsversicherungsordnung im Gange. Es handelt sich insbesondere um neue Bestimmungen betreffend die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Reichsversicherung sowie um die Kriegswochenhilfe. Die Novelle dürfte aber dem Reichstag in diesem Jahre noch nicht zugehen, wahrscheinlich erst nach Beendigung des Krieges. —

*

Quellenwerk über die Kriegsfürsorge. Berliner Blätter berichten: Mit Reichsmitteln wird bereits an einer Bibliographie der Sozialwissenschaften gearbeitet. Das Reichsamt des Innern hat es sich angelegen sein lassen, die Arbeit wirksam zu fördern und dabei auch die Unterstützung des Reichstags sowie anderer Reichsämter und der verschiedenen Bundesregierungen gefunden. In letzter Zeit wurden die Wirtschaftswissenschaften besonders berücksichtigt. Diese Bibliographie wird jetzt so ausgedehnt werden, daß sie ein zuverlässiges bibliographisches Quellenwerk der aus Anlaß des Krieges getroffenen sozialen Fürsorgemaßnahmen darstellt. —

*

London bombardiert. Dem deutschen Abendbericht vom Mittwoch zufolge wurde die Festung London am Mittwoch von deutschen Fliegern mit Bomben beworfen. —

*

Spanien will neutral bleiben. Der neue Ministerpräsident in Spanien, Dato, hat nach seiner Eideesleistung erklärt, er werde sich hauptsächlich den großen nationalen Fragen widmen. Bezüglich der äußeren Politik beabsichtige er, die strengste Neutralität durchzuführen. Die Regierung werde der Landesverteidigung und den wirtschaftlichen Fragen besondere Aufmerksamkeit schenken. —

*

Sozialistensieg bei den russischen Stadtratswahlen. Nach vorläufigen Meldungen hat der sozialistische Block, namentlich die revolutionären Sozialisten, die demokratischen Sozialisten und die Arbeiterpartei, bei den Wahlen für die städtischen Bezirksräte, bei denen zum ersten Male in Rußland das allgemeine Stimmrecht zur Anwendung gelangte, den Sieg davongetragen. Die Kadettenpartei blieb an zweiter Stelle. —

*

Die Lycker Geiseln. Von den sieben durch die Russen in die Gefangenschaft mitgeschleppten Lycker Geiseln ist jetzt die siebte, der Stadtrat Brodel, aus Sibirien zurückgekehrt. Die sechste Geisel, Bürgermeister Klein, ist in der Gefangenschaft verstorben. Stadtrat Becker wird noch immer in Sibirien zurückgehalten. —

*

„Ohne Annexionen." In dem amtlichen Blatte des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrats „Iswestija" vom 29. Mai wird in einem Artikel mit der Aufschrift „Ohne Annexionen" hervorgehoben, daß der Begriff Annexion in ganz verkehrtem Sinne ausgelegt werde. Offene und geheime Imperialisten sprächen von Verbesserung der Grenze. Befreiung der Völker und Wiedervereinigung einst entrissener Gebiete mit dem früheren Vaterland. Wenn diese Auslegung angenommen würde, müßte so lange gekämpft werden, bis Deutschland in die Mark Brandenburg, Frankreich in die Provinz Isle de France und Rußland in das Großfürstentum Moskau zurückversetzt sei. Das wäre ein Krieg ohne Ende. Rußland wolle baldigst Frieden, und wenn es die Losung „Friede ohne Annexionen" auf seine Fahne geschrieben habe, so verstehe es unter „Annexionen" einfach Aneignung von Landesteilen, die am Tage der Kriegserklärung einem andern Staate gehörten. —

Flieger über London.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 14. Juni 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Sowohl in Flandern wie im Artois war nur in einigen Abschnitten der Artilleriekampf stark. Oestlich von Ypern sprengten wir Minen, die in der englischen Stellung Verheerungen anrichteten. In kleinen Vorfeldkämpfen kam es südlich der Douve; die Lage ist unverändert geblieben.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei Bangaillon (nordöstlich von Soissons) griffen die Franzosen nach mehrstündigem Feuer an; sie wurden zurückgewiesen. Sonst blieb die Artillerietätigkeit meist gering.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

Ein Geschwader unser Großflugzeuge erreichte gestern mittag London, warf über der Festung Bomben ab und beobachtete bei klarer Sicht gute Treffwirkung. Trotz starken Abwehrfeuers und mehreren Luftkämpfen, bei denen ein englischer Flieger über der Themse abstürzte, kehrten alle Flugzeuge unversehrt zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Die Gefechtstätigkeit hielt sich in den üblichen Grenzen.

Die russischen Flieger sind in letzter Zeit wieder tätiger geworden. Sie stießen mehrfach über unsre Linien vor; seit Anfang Juni wurden fünf abgeschossen.

Bombenabwurf auf Tuckum wurde gestern durch Luftangriff auf Schlok vergolten.

Mazedonische Front

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Depeschen.

20 100 Tonnen versenkt.

W. T. B. Berlin, 13. Juni 1917. Amtlich. In den Sperrgebieten um England sind durch die Tätigkeit unsrer U-Boote 20 100 Br.-R.-T. versenkt worden. Unter den Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Rhemius" (6699 Br.-R.-T.) mit 9700 Tonnen Stückgut von England nach Indien, der französische Segler „St.-Hubert" mit Kohlen nach Frankreich, die englischen Fischdampfer „Golden Hope" und „Virginia"; von letzterem wurde der Kapitän gefangengenommen. Unter den Ladungen der übrigen versenkten Schiffe befanden sich u. a. hauptsächlich Holz, ferner Stückgut sowie Tran und Fischbein nach England.

Eins unsrer U-Boote hatte mit einer Segler-U-Boots-Falle bei den Hebriden ein Gefecht, wobei das U-Boot mindestens vier Treffer auf der U-Boots-Falle erzielte. Der Chef des Admiralstabs der Marine.

*

Der griechische Staatsstreich.

W. T. B. London, 13. Juni. (Reuter.) Unterhaus. Unter allgemeinem Beifall gab Bonar Law den Rücktritt König Konstantins bekannt, indem er erklärte, der König habe zugunsten seines zweiten Sohnes Alexander abgedankt, der bereits den Eid geleistet habe. Wir hoffen, fuhr Bonar Law fort, daß das Ereignis zur Einigung Griechenlands und Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Regierung beitragen wird. Lynch fragte, was die Regierung durch die Abdankung Konstantins zu gewinnen hoffe, wenn dieselben Mißstände unter einem andern Namen fortdauerten. Bonar Law erwiderte: Wir hoffen auf eine verfassungsmäßige Regierung, die ganz Griechenland repräsentiert. Mac Neill sprach die Vermutung aus, daß man Konstantin gestattet habe, selbst seinen Nachfolger zu ernennen. Bonar Law entgegnete, Mac Neill befinde sich im Irrtum, wenn er sagt, daß der Nachfolger von Konstantin ernannt worden sei. —

W. T. B. Bern, 13. Juni. Der italienische „Secolo" sagt zur Abdankung König Konstantins, sie sei das Ende des Kampfes zwischen Venizelos und dem König; man mußte schon lange erwarten, daß einer von beiden stürzen werde. — „Corriere della Sera" meint, man könne nicht ohne Genugtuung feststellen, daß das Ereignis die griechische Lage klare und sichere und endlich den Alliierten in Mazedonien erlaube, ihre Aufgabe ohne irgendwelche Befürchtungen für Rücken und Flanke zu erfüllen. —

W. T. B. Stockholm, 14. Juni. „Aftonbladet" schreibt: Die Ententepresse wird sicher die Vollendung des griechischen Trauerspiels als die bleibenden Wohltaten der Entente nicht nur an Griechenland und dessen hoffnungslos verzweifeltem Volke, sondern auch an der Menschheit und Kulturwelt feiern. Aber die Geschichte wird das Schlußurteil fällen. Vor seiner Gerechtigkeit wird die Gewaltpolitik der Entente sicher den kürzern ziehen. Schon jetzt erscheint die an Griechenland begangene Tat als einer der schwärzesten Schandflecke der Geschichte unsrer Tage. Daß die Staatsmänner der Entente noch wagen, sich den Anschein zu geben, als handelten sie aus rein idealen, moralisch hochstehenden Beweggründen, muß als eine freche Lästerung göttlicher und menschlicher Gesetze bezeichnet werden. —

*

Ein Postdampfer torpediert.

W. T. B. Paris, 14. Juni. Havasmeldung. Der Postdampfer „Sequana", 5557 B.-R.-T. von der Compagnie Sudatlantique wurde am 8. Juni 2 Uhr morgens im Atlantischen Ozean torpediert. Er hatte 550 Passagiere und 100 Mann Besatzung an Bord. Die Zahl der Vermißten beträgt 190. —

*

Der Fliegerangriff auf London.

W. T. B. Berlin, 14. Juni. (Nichtamtlich.) Am 13. Juni 1 Uhr mittags deutscher Zeit wurde die Festung London bei günstigem Wetter von einem geschlossenen Geschwader deutscher Großflugzeuge unter persönlicher Führung des Geschwederkommandeurs Hauptmann Brandenburg angegriffen. Die Ziele des Angriffs waren die in der Mitte der Stadt gelegenen Docks, Werften und Bahnanlagen sowie strategische Magazine und Speicher, die sich auf beiden Ufern der Themse entlang ziehen. Zahlreiche Brände brachen aus und fanden in den aufgehäuften Vorräten reiche Nahrung. Das Geschwader hielt sich länger als eine Viertelstunde über seinen Angriffszielen auf. Trotz englischer Abwehrmaßnahmen kehrten sämtliche Flugzeuge unversehrt in ihre Heimatshäfen zurück. Ein feindliches Flugzeug wurde über der Themse im Luftkampf abgeschossen und stürzte brennend in die Tiefe. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170615-19/fragment/page=0003

Kleine Bilder.

Von den Angehörigen eines Genossen wird uns ein Brief zur Verfügung gestellt, dem wir folgende kleine Skizzen entnehmen:

Unter der Erde.

Die Hälfte Zeit des Krieges bringt der Soldat in der Erde zu. Der Schützengraben ist keine Furche mehr in der Erde, sondern zieht sich unten entlang, so tief, daß auch die Granaten nicht mehr durchschlagen. Nur wenn der Feind angreift, leert sich dieser unterirdische Graben, alles besetzt oben die Granattrichter und sendet der anstürmenden Menschenwelle knatternden Tod entgegen.

Aber noch mehr vollzieht sich unter der Erde. Auf dem Wege von der Stellung geht man über einer mächtigen Höhle. Stufen führen hinab. Man glaubt, in einem Märchenreich zu sein. Ueberall weiße Wände, hohe runde Gänge, an den Kreuzungspunkten wölben sich die Gänge über einer mächtigen, ebenfalls weißen Säule zu einer Halle. Elektrisches Licht bricht sich an den weißen Kreidewänden. Wegweiser zeigen die Richtung nach den verschiedenen Regimentern, die hier unten ihre Ruhe halten. Kilometer nach Kilometer kann man gehen, und doch scheint es kein Ende zu nehmen.

Durch eine besonders große Halle zittert schmerzliches Stöhnen. Hind liegen die, die den Tod sandten und jetzt selbst mit ihm ringen. Ueber einem Tische brennt eine besonders helle, bewegliche Lampe. Auf dem Tische liegt ein Mensch, den Leib mit blutigen Binden umwickelt. An der linken Wade sieht man einen haselnußgroßen Knoten, das ist die Schrapnellkugel, die hoch am Oberschenkel eingedrungen ist. Der Arzt macht über diesem Knoten einen Kreuzschnitt, drückt unter ihm das Fleisch zusammen und die Bleikugel schiebt sich nach außen. Ein dunkelroter Blutstrom quillt hinterher, der Verwundete stöhnt laut auf, aber bald ist er verbunden und eine Dosis Morphium bringt ihm bald Schlaf.

Immer, Tag und Nacht, zittert in dieser Halle das Stöhnen von armen blutigen Menschen. . . .

Flieger.

Es wimmelt förmlich in der Luft von ihnen, hat doch der Engländer schon Geschwader von 40 bis 45 Stück zu Erkundungen herübergeschickt. Einmal zeigte uns solch ein Geschwader Kunstflüge. Ein Apparat stieg hoch, plötzlich stand sein Schwanz senkrecht zum Himmel, im sausenden Fluge schoß er nach unten, sich dabei fortwährend um seine Längsachse drehend. In elegantem Bogen richtete sich der Riesenvogel dann wieder in seine richtige Lage. Ein andrer zeigte uns dasselbe Schauspiel.

Aber es sollte auch einmal anders kommen. In einer Höhe von 300 bis 400 Metern schweben unsre Fesselballone. Plötzlich stürzt sich aus den Wolken ein englischer Flieger auf den Ballon; wie ein Habicht saust er heran. Im selben Moment springt aus dem Ballonkorb ein Mensch, bald entfaltet sich über ihm ein riesiger Schirm und langsam pendelt er an ihm zur Erde nieder. Der Fesselballon aber war eine einzige Flamme.

Doch auch der Flieger sollte nicht zurückkehren. Ein deutscher Vogel hatte ihm bereits den Weg versperrt. Beide schraubten sich hoch und stürzten sich dann aufeinander los. Das bloße Auge unterschied nicht, welcher höher war, nur ein kurzes Tack-tack-tack hörte man, dann waren sie schon aneinander vorbei. Mit kurzem Bogen drehten beide Vögel um, um den Bruchteil von Sekunden war der deutsche schneller, schon sauste er wieder drauflos mit rasendem Tack-tack-tack. Da senkte der andre schon den Kopf, und ohne sich noch einmal zu wenden, sauste er zur Erde, der andre in steilen Linien hinterher, bis dicht über den Erdboden. Er schaute auf einen armseligen Haufen Holzstangen und Leinenfetzen und auf ein zerfetztes, rotbraunes Lederwams, zusammengeballt über einer formlosen, blutigen Masse.

Die Stadt.

Vergessen sind die Leiden in vorderster Linie, vergessen die gefallenen Kameraden, sobald man die Stadt betritt. Automobile hupen, Elektrische läuten, man taucht unter in das Gewühl lachender, plaudernder Menschen. Man geht in Cafés, Restaurants und Kinos, man lebt, weil einem jeder Tag wie ein Geschenk vorkommt.

Und jede Stadt hat einen Winkel, der abseits liegt. Dort kann man auch die verbotene Musik eines Automaten hören. Nach Musik hat der Frontsoldat immer Verlangen. Und in diesem Winkel der Stadt gibt es so viel Mädchen, die alle gut zum deutschen Soldaten sind und nicht erröten, wenn sie mit heißen Blicken angesehen werden.

Man sieht hier immer die meisten Soldaten, hier wird am meisten gelacht und am sorglosesten gelebt, und doch liegt die Stadt noch in Reichweite der schweren englischen Artillerie. . . .

Im Theater.

„Hoffmanns Erzählungen" kündet das Plakat am Eingang. Ein kurzes Ueberlegen nur, ob man wohl gut nach Hause kommt, da man ohne Urlaub über die Zeit ausbleiben wird, dann steht man schon vor der Kasse.

Bald sitzt man auf seinem Platz und vergißt die Welt, taucht unter ins Reich der Phantasie. Zauberhaft klingt die unsichtbare Musik, jedes Empfinden für Raum und Zeit ist verloren.

Vor Beginn des zweiten Aktes wird die Meldung von der Bühne aus bekanntgegeben, „die Mannschaften vom Res.-Inf. . . . haben um 8 Uhr marschbereit auf ihren Plätzen zu stehen". Man überlegt und weiß doch, daß man den zweiten Akt nicht mehr sehen wird. Ueberlegt und geht dabei schon dem Ausgang zu. . .

„m"

* * *

Streikende Frauen.

Die Pariser Streikberichte gestatten einen Rückschluß auf die große Ausdehnung, die auch in Frankreich die Frauenarbeit seit dem Krieg erfuhr. Den Auftakt zu der in seiner Folge ganz Paris umfassenden Bewegung gab der Streik der Schneiderinnen, der sogenannten „Midinettes". Auch die zunächst dem Streike sich anschließenden Arbeiterinnen gehörten Berufen an, in denen die Frauen längst heimisch sind, es waren die Stickerinnen, Modistinnen, Konfektioneusen, Spitzenarbeiterinnen, Putzmacherinnen, Wäschearbeiterinnen, Plätterinnen, Verkäuferinnen. Es folgten in einigem Abstand die Restaurationsangestellten, Limonadenverkäuferinnen, Ladnerinnen, Telephonistinnen, Telegraphistinnen, Bank- und Handelsangestellten, schließlich Fabrikarbeiterinnen verschiedenster Art, darunter u. a. eine Menge Papierarbeiterinnen, Schokolade-Arbeiterinnen bei Suchard, Setzerinnen. Auch die Fischverkäuferinnen in den Markthallen vergaßen ihre große Vergangenheit nicht, nur waren die „Hallendamen" der großen französischen Revolution nicht, wie die heute Streikenden, abhängige Angestellte der großen Fischhändler.

Interessant ist die lange Liste der für die Militärverwaltung arbeitenden Frauen, die sich am Streike beteiligten. Wir finden militärische Desinfektorinnen, Gasmaskenarbeiterinnen, Militär-Knopffabrikarbeiterinnen, Käppimacherinnen, Kautschukarbeiterinnen, Chemikerinnen, Militärsattlerinnen, Schneiderinnen, Plätterinnen und Schuhmacherinnen, auch Motorführerinnen, auch die „Cheminettes" (Eisenbahnerinnen) verschiedener Bahngesellschaften, darunter Schaffnerinnen, Gepäckträgerinnen, Bahnsteigschaffnerinnen.

Die Pariser Presse, auch die sozialistische und gewerkschaftliche, konnte nicht Lobes genug für den poesievollen, heitern, ja eleganten Eindruck der ersten Streiktage finden. Daß die Zierde und der Sonnenschein von Paris nicht Mangel leiden sollen, erschien den Parisern nur recht und billig, meinte der Pariser Korrespondent der „N. Z. Z.", und er fährt fort:

„In dem Maße als die Streikbewegung in die untern Frauenberufe herabstieg, änderte sich das Aussehen der Straßenumzüge. Die Frauen manifestierten nunmehr barhäuptig und in der Arbeitsschürze; ein größerer Ernst, vielfach auch ein rauherer Ton, eine resolutere Geste kennzeichneten die neuen Streikbataillone; Pelzmacher und Pelzmacherinnen, Konfektioneusen, Militärschneiderinnen, Federfabrikantinnen durchzogen die Pariser Straße, eine rote Masche im Haar, voran die Trikolore schwingend. Man fühlte, daß hier die sozialistisch erzogene Arbeiterin in die Arena trat, die in hartem Ringen ums Dasein die Koketterie verlernt hat, die nicht wie die Midinette auf den Glücksfall hoffen kann, der sie von der Straße in die elegante Karosse hebt, wo sie ihrerseits fleißigen Arbeiterinnenhänden befehlen darf. Aber etwas Neues, Feierliches lag auch auf diesen Frauengesichtern, das Bewußtsein ihrer korporativen Persönlichkeit, der Wille, Disziplin und Ordnung einzuhalten, die Entschlossenheit der Schwachen, die sich von einer gerechten Sache durchdrungen fühlen.

Die völlige Abwesenheit des Alkohols und der Brutalität erhebt diese Manifestationen hoch über ähnliche Veranstaltungen der Männer. Die Polizei toleriert sie als ein republikanisches Recht, soweit sich der beruflichen Korporation keine fremden Elemente anschließen. . . .

Die englische Arbeitswoche (Schluß der Arbeit am Sonnabend mittag) wurde inzwischen durch Gesetz für die Dauer des Krieges in sämtlichen weiblichen Berufen eingeführt. Leon Bourgeois sprach bei diesem Anlaß im Parlament sympathische Worte an die Adresse von Arbeitgebern und Arbeiterinnen, die sich auf korporativem Wege anerkennen und verständigen gelernt haben. Der Streik der Midinettes aber wird als ein Zeichen der Zeit in ganz Frankreich Schule machen: „Alle Achtung," meinte zu mir in einem entlegenen Dorfe des Orleanais ein Bauer, „alle Achtung vor den Frauen von Paris, die wissen sich durchzusetzen!" —

Amtliche Bekanntmachungen.

Stadtbad.

Die Stelle eines

Heizers für Niederdruckkessel

ist möglichst bald zu besetzen. Persönliche Bewerbungen mit Zeugnissen an die Badeverwaltung, Schimmelstraße 1/4, erbeten.

Halle, den 12. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf von Grieß wie folgt geregelt:

Der Verkauf beginnt am Freitag den 15. Juni 1917. Für jede Person eines Haushalts kann 1/4 Pfund verabfolgt werden. Der Verkauf beträgt 28 Pfg. für das Pfund.

Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Grieß einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind.

Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 54 des Warenbezugsscheins VI zu erfolgen.

Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß (Saal links), binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Restbestandes einzureichen.

Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. September/4. November 1915.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf des der Stadt überwiesenen **Edamer Käses** wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird Freitag den 15. Juni 1917 in der Talamtschule fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der **neuen** Lebensmittelscheine **14001—15500 vormittags von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 5 Uhr nachmittags die Nummern 15501 bis 17500.**

Für jede Person des Haushalts wird **ein achtel Pfund zum Preise von 45 Pfennig** abgegeben.

Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Verpachtung des Anschlagwesens.

Das Recht der **Benutzung der öffentlichen Anschlagsäulen und -tafeln** in der Stadt Halle soll vom 1. Oktober 1917 an auf drei Jahre verpachtet werden.

Angebote werden bis **7. Juli 1917** erbeten. Bedingungen können gegen 50 Pfg. von uns bezogen werden, liegen auch im städtischen Bureau V, Rathausstraße 19, Zimmer 46, zu jedermanns Einsicht aus.

Halle, den 12. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Bestellt schleunigst Kali f. d. Herbstbestellung 1917.

Im Spätsommer und Herbst müssen wir mit dem Wiedereintritt schwieriger Transportverhältnisse rechnen. Zurzeit dagegen stehen Wagen und Lokomotivkräfte in ausreichender Menge zur Verfügung und diese günstigen Verhältnisse werden aller Voraussicht nach bis Ende August andauern. Desgleichen kann die Produktion der Düngemittelfabriken auf einer solchen Höhe gehalten werden, daß ein großer Bedarf an Kali-Düngesalzen jetzt und in den nächsten Wochen eingedeckt werden kann. Pflicht jedes gewissenhaften Landwirts ist es daher, diese günstige Sachlage schleunigst auszunutzen und seinen Gesamtbedarf an Kali für die Herbstbestellung 1917 und möglichst auch für die Frühjahrsbestellung 1918 jetzt sofort anzufordern, damit nicht unnötigerweise die im Herbst zu erwartenden Transportschwierigkeiten durch die unzeitige Bestellung von Düngemitteln noch weiter erschwert werden.

Halle, den 13. Juni 1917.

Die Kriegswirtschaftsstelle für den Stadtkreis Halle.

Mit Beginn des Obsthandels wird auf die Bekanntmachung der Preisprüfungsstelle für den Stadtkreis vom 18. Dezember 1916 erneut hingewiesen, nach welcher die Händler gehalten sind, in ihren Verkaufsstellen bei sämtlichen Obstsorten die Preise **deutlich sichtbar** anzubringen. Insbesondere gilt diese Bestimmung auch für Verkaufsstellen auf den Wochenmärkten.

Weiterhin wird die Verordnung der Preisprüfungsstelle vom 20. Oktober 1916 in Erinnerung gebracht, nach welcher alle Personen, die mit Obst handeln, verpflichtet sind, über ihre sämtlichen Einkäufe, soweit sich Näheres hierüber nicht aus den Schlußscheinen ergibt, Rechnungen oder andre schriftliche Belege mit Namen und Wohnort des Verkäufers, dem Tage des Kaufes sowie des Einkaufspreises aufzubewahren und auf Verlangen den Polizeibeamten sowie den Angestellten der Preisprüfungsstelle vorzuzeigen.

Halle, den 13. Juni 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

In diesen Tagen treffen größere Mengen Räucherfische von hervorragender Güte ein. Besonders zu empfehlen sind besonders fette Aale, auch die kleinen Exemplare, ferner Makrelen und Flundern. Die Waren sind in den einschlägigen Geschäften ausgestellt und mit den festgesetzten Preisen versehen.

Auch sind Kräuterheringe, Anschovis und Aal in Gelee zu haben.

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule Freitag den 15. Juni 1917.

Zum Kaufe berechtigt sind die Nummern der **neuen** Lebensmittelscheine **1—3500** vormittags von 8 bis 12 Uhr und die Nummern **3501—7000** nachmittags von 2 bis 6 Uhr.

Für den Kopf eines Haushalts werden **zwei Eier abgegeben zum Preise von 28 Pfennig für das Stück.**

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen!

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Umtausch nur **innerhalb drei Tagen.**

Halle, den 14. Juni 1917. **Der Magistrat.**

Preiswerte Damen-Konfektion.

Schöne Damen-Jacketts und -Mäntel 7.85 bis 68 Mk. :: Elegante Kostüme 38 bis 128 Mk. :: Imprägnierte Mäntel 29.75 bis 78 Mk. :: Schwarze Seiden-Jacketts und Mäntel 19.75 bis 85 Mk. :: Covercoat-Paletots 39.75 bis 88 Mk. :: Kostümröcke aus gemusterten Stoffen, Samt, Taft, leicht. Sommerstoffen 7.85 b. 42 Mk.

Im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

U.T Leipziger Strasse 88

— Fernsprecher 1224. —

Graf Dohna und seine „Möwe"

Die ruhmreiche Kaperfahrt der „Möwe".

Aufnahmen des ersten Offiziers S. M. S. „Möwe", Kapitänleutnant **Wolf.**

Dieser Film ist ein Dokument von machtvollster Wirkung.

Vorführung **3, 5, 7, 9** Uhr.

Trotz der hohen Kosten haben wir uns entschlossen, von heute an für sämtliche Vorstellungen die gewöhnlichen Preise gelten zu lassen.

Kinder haben **bis 7 Uhr** Zutritt.

Vorverkauf täglich an der Theaterkasse von **10** bis **12** Uhr.

U.T Alte Promenade 11a

Fernruf 5738.

Ab Freitag: 42

Wer war der Täter?

Spannendes Drama.

Paul Heidemann

in Paulchen als Mohrenknabe und in Zahnarzt wider Willen.

Zwei erstklassige Lustspiele.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und Saalkreis

— Sozialdemokratische Partei Deutschlands. —

Montag den 18. Juni 1917, abends 8 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** des Landtagsabgeordneten Genossen **Otto Hue** (Essen): **Die Bedeutung der kapitalistischen Kartelle, Truste und Monopole.**
2. Vereinsangelegenheiten.

Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

Wollene Kleider- und Kostümstoffe

Mäntelstoffe — Anzugstoffe

Samte — Manchester

finden Sie noch in großer Auswahl

im Kaufhaus

H. Elkan

Leipziger Straße 87.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170615-19/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 13. Halle, Freitag den 15. Juni 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 15. Juni 1917.

Preistreibereien mit Obst.

Vor einigen Tagen wurden „Erzeugerhöchstpreise" für Beerenobst und Kirschen bekanntgegeben. In der Provinz Sachsen sollten sie betragen für weiche Süßkirschen bis zum 25. Juni 35 Pfg., sodann 25 Pfg. für das Pfund. Bei Erdbeeren erster Wahl sollte für die ganze diesjährige Erntezeit ein Einheitspreis von 60 Pfg. für das Pfund gelten. Es wird keiner behaupten wollen, daß die Preise niedrig festgesetzt wurden, sie haben eine sehr kriegsmäßige Höhe. Für Minderbemittelte schrumpfte die Hoffnung, den Kriegsspeisezettel ein wenig durch Obst bereichern zu können, arg zusammen, um so mehr, als zu den Erzeugerpreisen noch Aufschläge für den Handel bewilligt wurden, die wirklich allerlei bedeuteten. Die aus Erzeugerpreis und Handelsgewinn sich ergebenden Kleinhandelspreise hat man nicht bekanntgegeben, ausgehängt — wie es Vorschrift sein soll — werden die Preise auch nicht, die Kontrolle des kaufenden Publikums ist also sehr erschwert.

Immerhin kann man sich aber ausrechnen, daß nach den Preisbestimmungen 1 Pfund Erdbeeren nicht mehr als 90 Pfg. und 1 Pfund Kirschen nicht über 53 Pfg. kosten dürfte. Das sind doch gewiß Preise, die ziemlich hohe Ansprüche der „Erzeuger" — die bei dem Erzeugen recht wenig zu tun haben — und der Händler befriedigen könnten. Wer aber glaubte, für die hohen Preise sei das Obst zu kaufen, der kennt die Gewinnsucht im Kriege immer noch nicht. Zu den Höchstpreisen ist einfach nichts zu haben. Die Händler sagen, sie müßten selbst weit über die festgesetzten Preise bezahlen und könnten sich darum beim Verkauf auch nicht daran halten. Ihre Forderungen erreichen manchmal eine unglaubliche Höhe.

Unsre Presse hat beständig darauf hingewiesen, daß zu den Höchstpreisbestimmungen noch weitere Maßnahmen kommen müssen, die in den Handel eine Reglung bringen. Hier haben die Behörden versagt. Selbst Gemeinden verpachten ihre Kirschplantagen meistbietend, die Pächter und Händler überbieten sich dabei in schlimmster Weise. Die nächste Folge ist, daß die Höchstpreisbestimmungen in Fetzen gehen.

Wie die Pachtpreise für Kirschen in diesem Jahre in die Höhe getrieben werden, sind wir in der Lage, an einigen Beispielen aus dem Halberstädter Landkreis zu zeigen. Die Kirschen etlicher Chausseen bei Hornburg und Gödeckenrode sind dieser Tage verpachtet worden; dabei wurden folgende Preise erzielt:

	Höchstes Gebot	Vorjahres-Gebot	mehr
Teil der Gödeckenröder Chaussee	2255	450	**1775** Mk.
Teil der Gödeckenröder Chaussee	2150	725	**1425** „
Jüngerröder Chaussee	2100	920	**1180** „
Osteröder Chaussee	2545	1265	**1280** „
Osterberg bei Osterode	25	5	**20** „
	9045	3365	**5680** Mk.

Aus dem Merseburger Bezirk erfahren wir folgende Pachtergebnisse: Die Kirschenernte der Gemeinde Golzen wurde für 5820 Mark verkauft; der vorjährige Erlös betrug 920 Mark. Thalwinkel: dieses Jahr 7960 Mark, voriges Jahr 3700 Mark. Niedermöllern: 4880 Mark, voriges Jahr 1015 Mark. Auch für die Kirschenernte an den Kreisstraßen in dem dortigen Bezirk wurde fast allenthalben mehr als das Doppelte erzielt. Für die Straße Klosterhäseler—Kösen 4200 Mark statt 580 Mark; Eckartsberga 4517 Mark gegen 1403 Mark. Bei der Verpachtung der Kirschnutzung des Amtes Walbeck wurden 16 516 Mark gegen 6795 Mark im Vorjahr erzielt; bei dem Verkauf der Kirschen der städtischen Plantagen in Wiehe betrug der Erlös 4591 Mark gegen 1458 Mark im Vorjahr.

Bei solchen Preissteigerungen bei der Verpachtung sind die hohen Verkaufspreise kein Wunder. Die Händler, die solche hohen Preise zahlen, wissen eben, daß sie die Kirschen zu jedem Preise loswerden. Das war im vorigen Jahre der Fall und wird in diesem Jahre nicht anders sein. Aber eine „Versorgung" mit Obst kann diese Art des Handels nicht genannt werden. —

Zur Parteispaltung in Halle.

Einer falschen Auffassung der Rechtslage begegnet man in parteigenössischen Kreisen. Manche meinen, der Beschluß der hiesigen Kreisversammlung auf Uebertritt zu den Unabhängigen sei für die Mitglieder bindend, und wer den Uebertritt nicht mitmachen wolle, müsse das anzeigen. Das ist ein Irrtum. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Ein Beschluß wie der gefaßte kann nie Geltung haben für die, die ihm zustimmen, keinesfalls aber für den Sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis in seiner Gesamtheit. Das geht schon, abgesehen von allen andern juristischen Gründen, aus der einfachen Erwägung hervor, daß sonst einem politischen Verein das Recht zugestanden würde, seine Mitglieder auch gegen ihren Willen zu zwingen, einer andern politischen Partei sich anzuschließen. Das ist selbstverständlich unmöglich. Jedes Mitglied unsers Sozialdemokratischen Vereins hat die Mitgliedschaft erworben unter Anerkennung unsers Vereinsstatuts. Nachdem am 6. Mai die Mehrheit des Kreistags den Uebertritt beschlossen hatte, gehörte sie von diesem Augenblick an nicht mehr unserm Sozialdemokratischen Verein an. Alle, die den Beschluß gefaßt hatten, waren aus dem Verein ausgetreten und hatten nach § 30 unsers Parteistatuts wie auch nach dem entsprechenden Paragraphen unsrer örtlichen Vereinssatzung dadurch jedes Recht an der Partei und dem Verein, das sie aus der Mitgliedschaft erworben hatten, verloren. Genosse Garbe hat bekanntlich auch sofort am 6. Mai auf dem Kreistag, nachdem der Austrittsbeschluß gefaßt, im Namen der beim Verein verbleibenden Mitglieder erklärt, daß er und seine Freunde sofort die Geschäfte des Vereins übernehmen und weiterführen. Der Sozialdemokratische Verein als solcher ist also nicht aus der Partei ausgetreten und nicht zu den Unabhängigen übergetreten. Er besteht heute genau so wie vor dem 6. Mai mit demselben Statut, demselben Namen und demselben Zwecke, die nach § 1 des Statuts darin besteht, alle Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu fördern. Unser Verein ist, was er war, und er bleibt, was er ist. Geändert haben nicht wir uns, sondern die Ausgetretenen. Deshalb hätten wir das Recht, alle als Mitglieder in unsrer Liste zu führen, die sich nicht ausdrücklich abgemeldet haben, und denzufolge das weitere Recht, bis zur erfolgten Abmeldung die Zahlung der Vereinsbeiträge zu fordern. Jedenfalls hat kein Mitglied, das nicht freiwillig dem Uebertritt zu den Unabhängigen und damit dem Austritt aus unserm Verein sich anschließt, die Verpflichtung, Beiträge an die neue Partei zu zahlen oder einem Kassierer derselben sein Mitgliedsbuch vorzuzeigen. In einer sehr großen Anzahl von Fällen ist das geschehen unter Hinweis auf den Uebertrittsbeschluß des Kreistags am 6. Mai. Der nachträgliche Kreistag der Unabhängigen am 3. Juni kommt für uns überhaupt nicht in Betracht; denn der Austritt war bereits am 6. Mai erfolgt, und von diesem Augenblick an konnten die Ausgetretenen nichts mehr im Namen des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis unternehmen, weil sie ihm nicht mehr angehörten.

Wir bitten unsre Genossen, diese Rechtslage in allen vorkommenden Fällen zu berücksichtigen und entsprechend zu handeln.

Verteuerte Eisenbahnfahrt.

Der Reichstag hat am 29. März der neuen Reichsverkehrssteuer zugestimmt, die im allgemeinen einen 10prozentigen Zuschlag zu den bisherigen Tarifen brachte, aber insofern keine genaue Ueberlicht gestattete, weil sie gleichzeitig den bisherigen Fahrkartenzuschlag beseitigte. Diese Unsicherheit über die künftigen Fahrkartenpreise wurde noch dadurch erhöht, als der preußische Verkehrsminister keinen Zweifel daran gelassen hatte, daß er genötigt sein werde, auch seinerseits noch infolge der Erhöhung der Löhne und Baustoffe den Tarif mit einem Zuschlag von etwa 10 Prozent zu belasten. Man wußte also bisher, daß der künftige Personentarif erheblich anders aussehen werde als bisher, und zwar im wesentlichen derart, daß der Tarif sich um zwanzig oder mehr Prozent erhöhen würde, aber man konnte sich nur ein sehr unbestimmtes Bild davon machen, in welcher Weise die Neuregelung des Tarifs auf die einzelnen Fahrklassen wirken würde.

Jetzt ersehen wir aus dem „Vorwärts", daß der preußische Verkehrsminister seine neuen Tarifpläne bereits dem Landeseisenbahnrat vorgelegt hat. Auch wenn möglicherweise diese Grundzüge noch in der einen oder andern Richtung eine Abänderung erfahren sollten, so wird man doch im allgemeinen annehmen können, daß hier die kommenden Fahrkartenpreise festgelegt worden sind.

Man wird sich keinen Augenblick darüber im unklaren sein können, daß es sich bei den Plänen der preußischen Eisenbahnverwaltung um eine sehr unangenehme Ueberraschung für alle diejenigen handelt, die genötigt sind, sich der preußischen Staatsbahn zu bedienen, also mit andern Worten für die Gesamtheit nicht des preußischen Volkes allein, sondern für das Deutsche Reich überhaupt. Denn es versteht sich von selbst, daß die übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen gar nicht anders handeln können, als sich dem preußischen Vorgehen im großen und ganzen anzuschließen. Nach diesem preußischen Entwurf sollen die neuen Kilometereinheitspreise für die Personenbeförderung wie folgt festgesetzt werden:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
in der 4. Klasse auf 2,4 Pf.	5,7 Pf.	9 Pf.	14 Pf.	
statt bisher	2 Pf.	3 Pf.	4,5 Pf.	7 Pf.

Es würde also die Erhöhung des Kilometerpreises betragen:

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
in der 4. Klasse	28,57 Proz.	26,67 Proz.	23,33 Proz.	20 Proz.

Aber hierbei ist unberücksichtigt geblieben, daß durch den Wegfall des Fahrkartenstempels, der nur die drei obern Klassen traf, die Belastung der einzeln Wagenklassen in sehr erheblicher Weise modifiziert wird. Berücksichtigt man nämlich diesen Wegfall des Fahrkartenstempels, dann bleibt die Belastung der vierten Klasse mit 20 Prozent bestehen, während die Belastung der dritten Klasse auf 20,1 Prozent, der zweiten Klasse auf 20 Prozent, und der ersten Klasse gar auf 14,80 Prozent sinkt. Soweit also der Reichszuschlag in Frage käme, der durch die neue Reichsverkehrssteuer gefordert wird, so würde die Belastung der vierten Klasse um 10 Prozent darüber hinausgehen, während die dritte Klasse nur eine Steigerung von 8,1 Prozent und die zweite Klasse von 6 Prozent aufweist, während die erste Klasse sogar noch unter dem durch das Reich geforderten Zuschlag zurückbleibt.

Mit andern Worten besagt das, daß zwar das Reich die einzelnen Klassen stufenförmig belastet, daß aber die preußische Verwaltung ihre Zuschläge in erster Reihe auf die vierte Klasse, dann in abgestufter Weise auch noch auf die dritte und zweite Klasse abwälzt, während sie der ersten Klasse sogar noch eine kleine Prämie zuerkennt. Man wird also verhältnismäßig künftig in der ersten Klasse sogar noch billiger als bisher fahren können, während die vierte Klasse die größte Last zu tragen hätte. Das ist eine so unsoziale Lastenverteilung, daß sich gegen sie aus dem Publikum heraus eine sehr starke Opposition bemerkbar machen dürfte. Und um so mehr, als ohnehin schon bisher die Ueberschüsse des Personenverkehrs von der vierten und dritten Klasse erbracht worden. —

Der Tanz des Todes.

Von W. Wladimirow.

Aus dem Russischen von Viktor Kalinowski.

(1. Fortsetzung.)

Um in den Saal hineinkommen zu können, muß man schon Advokat oder ein als Zeuge geladener Geheimpolizist sein, oder man muß an den Füßen — Fesseln haben. Dieser „Schmuck" hat aber nur den einen Vorzug, daß sein Besitzer aus dem Prunksaal nicht anders hinausgeführt wird, als durch das Iwanstor zum Galgen, ausgenommen nur dann, wenn, was selten geschieht, die Todesstrafe in die Katorga (Sibirien) umgewandelt wird.

Der Knochenmann hat hier ein breites Arbeitsfeld . . . hier herrscht er!

In diesem geräumigen prachtvollen Saale tanzt der Tod auf spiegelglattem Parkettboden seinen lustigen Tanz! Heisa! Wie die Windsbraut eilt er in wahnsinnigem Tanz! Und dazu spielt ihm die Geige der Generale auf!

Reihenweise mäht er die besten Menschenleben ab . . . Die Grausamkeit der Generale kennt keine Grenzen. Sogar Kinder lassen sie am Galgen aufknüpfen.

Während der die Gerichtssitzungen unterbrechenden Pausen kommt es oft vor, daß Damen in rauschenden Toiletten und elegante Gardeoffiziere den Saal füllen. Von der Estrade ertönen dann berauschende Weisen eines kopfverdrehenden Walzers oder einer lebhaften Majurka. Liebliche Klänge füllen den Saal, zittern und ersterben langsam in der Luft. Die Richter, die Generale, machen sich die Zeit angenehm.

Fröhlich kreisen die Pärchen. Zahlreiche Spiegel werfen ihre Gestalten zurück. Schöne, anmutige junge Damen fliegen gedankenlos am Arme wohlgestalteter und eleganter Leutnants und Kapitäne; sie sind rosig angehaucht und erregt von leidenschaftlichem Liebesgeflüster. Auf jedem Sofa und auf jeder Chaiselongue sitzt Paar an Paar — überall Flirt, Prunk, Lust, Gedankenlosigkeit. Ueberall Leben — ein Ball, wie er sein soll!

Diese ganze Menschenmenge schmaust hier und tanzt im gleichen Rausche, wie gestern und heute morgen noch der — Tod schmauste.

Wie die Windsbraut eilen die Paare auf spiegelglattem Boden in rasendem Tanze dahin! Sie sehen nicht die zum Fenster hereinstarrenden bleichen Gespenster mit schrecklichen, häßlichen Gesichtern! Es kommen ihrer immer mehr — immer mehr heran! Ein Gespenst drängt das andre, als ob ihnen das Rasen und Toben dieser gewissenlosen Menschen unbändige Freude machte. Denn als sie noch lebten, sahen sie das nicht . . .

Die gespensterhaften Erscheinungen drängen sich an die Fenster immer näher — immer näher — schon sind sie an der Tür . . . Noch einen Augenblick . . . und sie schwängern den Saal mit ihrem todesbangen Stöhnen, Aechzen und Röcheln . . . entreißen den Armen der glänzenden Kavaliere die schönen Tänzerinnen und graben die knochigen Finger tief in ihre samtweichen Hälse . . .

Aber nein . . . die Zeiten sind dahin, wann schöne Frauen und elegante Kavaliere noch an Gespenster, Gewissen und Rache glaubten. Kindermärchen!

Und wenn hier der Tod sich im Kreise dreht und seinen Sieg feiert, so ist das nicht ein Sieg über sie, die Herren — sondern über jene „verachtungswürdigen Geschöpfe", die von den sympathischen Generalen dem Galgen überantwortet wurden und werden — von den Generalen, die so furchtbar interessant sind und die während der Pausen inmitten ihrer langweiligen Beschäftigung so liebenswürdig um die Gunst schöner Frauen buhlen.

Angst vor Gespenstern — wie albern!

Als eines Tages der verteidigte Advokat S. einen Obersten darüber befragte, erhielt er zur Antwort: „Ein naiver Mensch sind Sie, mein Herr! Sie fragen, ob die Schatten der Verurteilten unsre Damen beunruhigen? Es ist ja unangenehm, daß in diesem Saale die Kriegsgerichtssitzungen stattfinden; es treibt sich da viel Gesindel, Zeugen und Soldaten herum — schleppen mit ihrem schmutzigen Schuhzeug viel Dreck herein, der ganze Fußboden ist vernichtet. Geradezu unmöglich zu tanzen! Und die Schatten der Verurteilten fragen Sie? — Bagatelle! Sie beunruhigen keinen." Indem er dies sagte, machte er auf dem Fußabsatz einen eleganten Kreisel und ließ den naiven Frager stehen.

Das blutriefende Gericht erledigte innerhalb zehn Monaten ungefähr zweihundert Sachen und verurteilte einhundertzweiunddierzig Menschen zum Tode! Eine Kassation wurde nicht anerkannt, mit Ausnahme sehr seltener Fälle.

Besser wäre es aber, wenn solche Ausnahmen nicht stattfänden, denn sie verursachten schon folgenden Fall: Einen achtzehnjährigen Knaben wurde die Todesstrafe infolge mildernder Umstände in zwanzigjährige Katorga umgewandelt, weil das Gericht annahm, daß man ihn als Minderjährigen zum Verbrechen angestiftet habe. Nach der Urteilskassation korrigierte das Petersburger Oberkriegsgericht jenes Urteil dahin, daß es die Todesstrafe bestätigte.

Nur in dem einen Falle zeigte das Gericht seine Großmut, womit aber die oberste Instanz in Petersburg nicht einverstanden war. Seither ist das Gericht niemals mehr großmütig gewesen.

Die Regierung brauchte Menschen, welche mit Recht und Gerechtigkeit Komödie spielen und gleichzeitig treue und gewissenhafte Vollstrecker ihrer Wünsche und Befehle sein konnten. Solche Henker fand die Regierung in den Persönlichkeiten der fünf Generale, die schon hohe Auszeichnungen besaßen, die ihre Stellung über alles schätzten und es mit ihrem Gewissen nicht so genau nahmen.

Es war eine vortreffliche Auswahl. Diese fünf Generale, diese fünf Henker verrichten unermüdlich ihre blutige Arbeit mit besonderer Grausamkeit. Wie gemietete, faktisch vereidigte Henker fragen sie nicht danach, ob jemand schuldig oder unschuldig ist. Es genügt, daß jemand auf der Anklagebank sitzt und sich in ihren Händen befindet. Sie sollen Menschenleben vernichten, und das tun sie ohne Mitleid und Besinnen.

Denn fragt der Henker, ob ein Mensch, dem er, der Henker, „nach dem Dienste" den Strick um den Hals werfen will, schuldig ist und in welchem Maße?

Die militärischen Scharfrichter verurteilen gänzlich unschuldige Leute zum Tode, sie beugen das Recht und beschneiden die Verteidigung so ungeniert, um nur die Todesstrafe nach den entsprechenden Paragraphen dekretieren zu können, daß es für jeden, sogar mit den Paragraphen nicht vertrauten Menschen klar auf der Hand liegt.

Einer der Richter erklärte im Artillerieklub im Beisein der ganzen dort versammelten Gesellschaft, daß sie nach dem Grundsatz handeln: Sitzt auf der Anklagebank ein „Jude", so bedeutet das, daß er schuldig ist! Für einen „Juden" gibt es kein andres Urteil als den Strick.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170629775191706 15-19/fragment/page=0005

Kali für die Herbstbestellung.

Vom Kriegswirtschaftsamt für die Provinz Sachsen wird mitgeteilt:

Im Spätsommer und Herbst müssen wir mit dem Wiedereintritt schwieriger Transportverhältnisse rechnen. Vorzeit dagegen stehen Wagen und Lokomotivkräfte in ausreichender Menge zur Verfügung, und diese günstigen Verhältnisse werden aller Voraussicht nach bis Ende August andauern. Desgleichen kann die Produktion der Düngemittelfabriken auf einer solchen Höhe gehalten werden, daß ein großer Bedarf an Kalidüngesalzen jetzt und in den nächsten Wochen eingedeckt werden kann. Pflicht jedes gewissenhaften Landwirts ist es daher, diese günstige Sachlage schleunigst auszunutzen und seinen Gesamtbedarf an Kali für die Herbstbestellung 1917 und möglichst auch für die Frühjahrsbestellung 1918 jetzt sofort anzufordern, damit nicht unnötigerweise die im Herbst zu erwartenden Transportschwierigkeiten durch die unzeitige Bestellung von Düngemitteln noch weiter erschwert werden. —

---

* **Das Gewerkschaftskartell Halle** hielt am Mittwoch seine Monatsversammlung ab. Zunächst wurde über Eingänge berichtet. Von der Generalkommission der Gewerkschaften in Berlin liegt ein Schreiben betreffend die Berufsberatung der Kriegsbeschädigten vor. Es enthält insbesondere Angaben über die einschlägigen Einrichtungen in Berlin. Es wird beschlossen, die Frage der Umgestaltung der Hallischen Berufsberatung nunmehr auf sich beruhen zu lassen und von weiteren Schritten abzusehen. Sodann wird zu der Bezirkskartellkonferenz in Halle am 24. Juni 1917 Stellung genommen und entsprechend den Vorschlägen des Kartellvorstandes die Wahl der Delegierten vorgenommen. Als solche wurden bestimmt die Genossen Müller, Emmer, Hänsch und Kleeis. Zu der schon wiederholt erörterten Regelung der Kassenverhältnisse schlägt der Kartellvorstand vor, die Beiträge von 80 Pfg. auf 1,20 Mark pro Mitglied und Jahr zu erhöhen. Genosse Kleeis begründet in längeren Ausführungen den Antrag. Die Einnahmen seien immer mehr zurückgegangen. Da einige Vertreter erklären, in ihren Gewerkschaften über die Sache noch nicht gesprochen zu haben, einigt man sich dahin, die endgültige Beschlußfassung bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Dabei wird von einigen Rednern empfohlen, im Sinne der Vorschläge des Kartellvorstandes zu beschließen. Unter sonstigen Kartellangelegenheiten kommen einige interne Sachen zur Sprache, wie die gegenwärtigen Einrichtungen der Zentralbibliothek im „Volkspark" usw. —

* **Die Austragung der Veranlagungen zur Einkommensteuer** läßt dieses Jahr wieder länger auf sich warten. Das Gesetz sieht auch eine bestimmte Frist hierfür nicht vor. Soweit die Stadt Halle in Frage kommt, werden auch noch einige Wochen bis zur Verteilung vergehen. Es werden dann wieder — wie bereits in den letzten Jahren — die zwei Vierteljahre vom 1. April bis 30. September zusammen erhoben. Der damit aufgelaufene Betrag wird dann von vielen Familien wieder schwer aufzubringen sein. Das Verfahren mag für die Stadtverwaltung Erleichterungen bringen, für die Steuerzahler bedeutet es eine rechte Härte. Ist es doch in der gegenwärtigen Zeit, in der die ganze Einnahme für Lebensmittel aufgeht, recht schwer, den nötigen Betrag für den Steuermann aufzubringen. Hoffentlich zeigt dann wieder die Steuerbehörde in der Gestaltung von Ratenzahlungen in bestimmten Fällen das nötige Entgegenkommen. — Im Saalkreis sind in verschiedenen Orten (z. B. in Nietleben, Radewell, Schönewitz) bereits die Veranlagungen ausgetragen, in andern Orten wird in den nächsten Tagen damit begonnen. Im Saalkreis wird nun auch vierteljährlich eingehoben. In der ganzen Art der Veranlagung ist gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung eingetreten. Weil wird der Kriegerfrauen und der abwesenden Ehemann die Veranlagung zugestellt werden. Daraus ergibt sich natürlich noch keine Zahlungspflicht. Diese tritt vielmehr erst ein, wenn der zurückgekehrte Ehemann wieder steuerpflichtiges Einkommen erzielt. —

* **Bezugsscheine für Braunkohlenbriketts.** Um irrtümlichen Auffassungen zu begegnen, weist der Magistrat ausdrücklich darauf hin, daß von der Ortskohlenstelle Bezugsscheine nur für Braunkohlenbriketts ausgestellt werden. Alle übrigen Kohlenarten (Steinkohle, Steinkohlenbriketts, Braunkohle, Gas- und Zechenkoks) können ohne Bezugsschein gekauft werden. Die von den Geschäften, Betrieben und Anstalten jetzt eingeforderten Meldungen über den Verbrauch an Heizstoffen in den Jahren 1915 und 1916 sollen nur dazu dienen, den ungefähren Bedarf an Heizstoffen für das Stadtgebiet Halle zu ermitteln und das Ergebnis an die Reichsverteilungsstelle weiterzugeben. Für Geschäfte, Betriebe und Anstalten, die ihren Bedarf bisher durch Vermittlung der Kriegsamtstelle Magdeburg oder den Kohlenausgleich Halle bezogen haben, tritt durch die erfolgte Meldung keinerlei Aenderung ein. Grundsätzlich sollen zunächst die Haushaltungen mit einem Teile von Haushaltskohle beliefert werden, damit im Herbst und Winter der dann einsetzende große Bedarf der Behörden, Anstalten und Heeresbetriebe befriedigt werden kann. Nach neuerer Mitteilung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung muß aber mit einer ganz erheblichen Einschränkung im Kohlenverbrauch gerechnet werden. —

— **Das Abmähen des Roggens.** Das Abmähen des Roggens als Grünfutter hört trotz der strengen Verbote nicht auf. Wenn man mit der Bahn durch das Land fährt, sieht man mit Entsetzen, wie große Flächen der Brotfrucht als Viehfutter Verwendung finden. Daß dieses Jahr das Getreide noch mehr geschützt werden muß als früher, ist wohl jedem klar. Um so bedauerlicher, wenn trotzdem noch diese verbrecherische Rücksichtslosigkeit mit unsrer Brotfrucht geduldet wird. Wer Roggen abmäht, um ihn dem Vieh vorzulegen, müßte streng bestraft werden. Nur ausnahmsweise sollte es aber nur nach Erlaubnis eines Sachverständigen gestattet sein, und auch nur dann, wenn triftige Gründe vorliegen. —

— **Zur Bekämpfung der Raupenplage.** In diesem Jahre ist die Raupenplage besonders groß. Zu ihrer Bekämpfung gibt in der „Berliner Volkszeitung" ein Sachverständiger folgende Ratschläge: Es ist recht unzweckmäßig, wenn das Publikum — wie man jetzt vielfach beobachten kann — mit Schirmen und Stöcken wahllos auf die Raupen losschlägt. Denn damit werden zugleich die Feinde der Raupen, nämlich die Schlupfwespen und Raupenfliegen, die sich von den Raupen ernähren, mitvernichtet! So stört man törichterweise aus der besten Absicht die Entwicklung der Raupenfeinde, die mit der Vermehrung der Raupen gleichen Schritt hält, ein von der Natur geschaffener weiser Ausgleich, in die der Laie nicht hindernd eingreifen sollte. Die Hauptarbeit gegen die Raupenplage muß im Herbst, Winter und Frühjahr verrichtet werden. Es muß vorgebeugt werden, deshalb heißt es, jetzt schon an das nächste Jahr denken und in Betracht ziehen, daß die Wespen und Fliegen, die jetzt an den Raupen reichlich Futter finden, uns im kommenden Jahre helfen werden, die Raupen zu vertilgen. Wenig rationell ist es auch, die Entwicklung der Raupen bis zum Falter zu verhindern. Zweckmäßig wäre es, im Herbst oder Frühjahr die Eier zu vernichten, die von den Raupen auf die Zweige und in die Ritzen der Baumstämme gelegt werden, am besten zerdrückt man sie mit einer Bürste. Also kein allgemeiner planloser Feldzug gegen die Raupen! Selbstverständlich soll damit nicht gesagt werden, daß das Absuchen der Raupen ganz überflüssig sei. Auch diese Arbeit hilft ein wenig mit, doch darf es nicht an den andern Maßregeln fehlen. —

— **Eine gesetzliche Regelung der Schulpflicht** ist in Preußen in den Jahren vor dem Kriege wiederholt versucht worden, aber bisher aus äußern Gründen über den Versuch noch nicht hinausgekommen. Wie sehr die Verhältnisse darauf hindrängen, daß die alten Verordnungen aufgehoben werden und die Schulpflicht eine gesetzliche Grundlage erhält, hat eine in diesen Tagen ergangene Entscheidung des Kammergerichts aufs neue erkennen lassen. Nach einer alten Schulordnung aus dem Jahre 1814 sind in Schleswig-Holstein die Landkinder bis zur Einsegnung schulpflichtig. Durch eine gemeinsame Verfügung des Konsistoriums in Kiel und der Regierung in Schleswig ist für Knaben das Einsegnungsalter auf das vollendete 16. Lebensjahr und für Mädchen auf das vollendete 15. Lebensjahr festgesetzt worden. Unter Berücksichtigung dieser Vorschriften war ein Landwirt angeklagt worden, weil er einen in seinen Haushalt aufgenommenen, nach jenen Vorschriften noch schulpflichtigen Dienstjungen nicht am Wiederholungsunterricht in der Schule habe teilnehmen lassen. Das Landgericht in Flensburg sprach jedoch den Angeklagten frei, indem es annahm, daß die erwähnte Strafvorschrift nicht mehr wirksam sei, seitdem infolge der Gesetze von 1873 und 1875 die Einsegnung nicht mehr erzwungen werden könne. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung ein, das Kammergericht trat aber der Entscheidung des Landgerichts bei und stellte fest, daß es an einer wirksamen Vorschrift über die Dauer der Schulpflicht für die Landschulen in der Provinz Schleswig-Holstein fehle. Somit entstehe die eigenartige Folge, daß, weil der Zeitpunkt der Schulentlassung nicht bestimmbar sei, solche Eltern überhaupt nicht bestraft werden könnten, die ihre die Landschule besuchenden Kinder vor der Einsegnung oder vor dem für diese kirchliche Handlung festgesetzten Zeitpunkt ohne Schulunterricht lassen. Diese Lücke finde aber ihren Grund in der Gesetzgebung und könne durch die Gerichte nicht ausgefüllt werden. —

— **Städtische Bäckerei.** Zur Sicherung der Brotversorgung hat das Stadtverordneten-Kollegium in Drontheim auf Vorschlag der Sozialdemokraten beschlossen, für 900 000 Kronen eine Bäckerei anzukaufen, in der täglich über 40 000 Brote hergestellt werden können. Die Bäckerei, eine der größten Skandinaviens, soll bereits so ausgebaut werden, daß sie den Brotbedarf der ganzen Stadt deckt. —

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1917 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden: Eine Reisetasche, ein Sonnenschirm, sieben Regenschirme, 10 Paar Handschuhe, zwei Schlüssel, fünf Portemonnaies, vier Spazierstöcke, ein Buch, ein Lederbeutel, eine Lederbrieftasche, zwei Handtaschen, ein Rucksack, ein Gürtel, vier weiße Kragen, eine Schere, eine Nagelschere, ein eiserner Notenständer, ein Zelluloidtransporteur, ein schwarzes Jackett, ein Tischtuch und Sack. Die betreffenden Eigentümer werden aufgefordert, ihre Ansprüche innerhalb einer vom Tage dieser Bekanntmachung an laufenden Frist von 14 Tagen bei der Kassenstelle Nord, Seekener Straße 62, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist gelangen die Fundsachen zur Verteigerung. Der Termin wird noch besonders bekanntgegeben.

Mansfeld. (Eine Papierfabrik durch Brand zerstört.) Die Papierfabrik Sinsleben der Norddeutschen Lederpappenfabriken A.-G. ist in der Nacht zum Donnerstag von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Der Brand entstand etwa um 11 Uhr abends und verbreitete sich sehr schnell über den größten Teil der Fabrikanlagen, von denen nur einige Nebengebäude gerettet werden konnten. Die Hauptfabrik mit der großen Papiermaschine ist völlig vernichtet worden. Die Fabrik, die ehemalige Kefersteinsche Pappenfabrik, ist 1911 von der Norddeutschen Lederpappenfabriken A.-G., die außer ihrem Hauptwerk in Gr.-Särchen (Kreis Sorau) noch in Brieg und in Lenartowitz bei Kosel die Papier- und Pappenfabrikation betreibt, für rund 450 000 Mark angekauft worden. —

Aus der Parteibewegung.

Karl Kautsky für Sieg und Kreditbewilligung. In Nr. 8 der „Neuen Zeit" vom 27. November 1914 veröffentlichte Karl Kautsky einen Artikel über „Die Internationale und der Krieg" im Umfang von 26 Druckseiten. Dieser Umfang verbietet leider, ihn ganz abzudrucken. Leider, denn er ist eine glänzende Rechtfertigung des Verhaltens unsrer Reichstagsfraktion während des Krieges, eine Haltung, die bekanntlich jetzt von K. Kautsky aufs schärfste bekämpft wird. Wir behalten uns vor, nach Bedarf noch weitere Stellen und Gedankengänge aus dem Artikel heranzuziehen. Heute sei nur wiedergegeben, was Kautsky zur Kreditbewilligung wörtlich sagt. Auf Seite 239 und 240 ist zu lesen:

„Im Frieden ist die natürliche Stellung der Sozialdemokratie als Vertreterin der untersten Schicht des Volkes die der Opposition gegen jegliche Regierung — so lange, bis sie die Kraft gewonnen hat, selbst die Regierung zu übernehmen. Im Kriege ist sie in die unangenehme Situation versetzt, auf jeden Fall, sobald sie Partei für einen der kriegführenden Staaten nimmt, auf Seite einer Regierung zu treten. Ist diese Regierung die eigne, dann heißt es, ihr die Mittel zur Kriegführung zu bewilligen, derselben Regierung, der man im Frieden jeden Mann und jeden Groschen verweigert."

„Wer nicht bedenkt, daß der Krieg so vieles auf den Kopf stellt, sieht darin einen Abfall von unsrer bisherigen Praxis. Die einen beklagen das als schmählichen Verrat, die andern sehen darin den Anfang einer neuen Taktik und das Eingeständnis, die bisherige sei verfehlt gewesen."

„**Das eine ist ebenso verkehrt wie das andre.**"

„Wenn wir dem bestehenden System jeden Mann und jeden Groschen verweigerten, taten wir es, um an Stelle der bestehenden Regierung eine andre zu setzen, die dem Willen des eignen Volkes unterworfen sei. Im Kriege handelt es sich nicht darum, sondern um die Frage, ob die Regierung des Landes dem Willen einer ausländischen Regierung unterworfen sein soll oder nicht."

„Wir haben gegen das Militärsystem Front gemacht, nicht um das Land wehrlos zu machen, sondern um an Stelle des bestehenden Wehrsystems ein andres zu setzen, das wir für höherstehend halten, weil es militärisch mindestens das gleiche leistet, die Entwicklung der Produktivkräfte weniger hemmt und die Gewähr gibt, daß die Militärmacht stets nur als Werkzeug, nie als Herr der Zivilgewalt wirkt (**dieses letztere ist der Zustand, den wir als Militarismus bekämpfen**), und daß diese Zivilgewalt eine demokratische ist."

„**Aber das kommt im Kriege nicht in Frage**, es sei denn, daß das übernommene Militärsystem zusammenbrächte, wie das in Frankreich 1792 und 1870 der Fall war. Nach dem Kriege werden alle diese Probleme aber mächtiger werden als je, und unsre alte Taktik wird wieder aufs dringendste geboten sein."

Wie die diesen Ausführungen vorangehenden Stellen des Artikels, so sind auch viele noch folgende beachtenswert. Vorläufig mag jedoch die Wiedergabe dieser Sätze genügen. Sie zeigen absolut einwandfrei, wie Kautsky nach reiflich einem Vierteljahr nach Kriegsausbruch über die Kreditbewilligung dachte, daß er sie für notwendig hielt und ausdrücklich schrieb, es sei ebenso verkehrt, in der Bewilligung einen Verrat als den Anfang einer neuen Taktik zu erblicken.

Nur eine Stelle könnte denen, die mit aller Gewalt in der Kreditbewilligung einen Verrat an unsern Parteigrundsätzen und der alten Taktik sehen möchten, Anlaß zum Einhaken geben. Das ist der Satz, „die Sozialdemokratie müsse auf jeden Fall, sobald sie Partei für einen der kriegführenden Staaten nimmt, auf Seite einer Regierung treten". Silbenstecher könnten daraus entnehmen, Kautsky rechne mit der Möglichkeit, diese Regierung brauche nicht die des eignen Landes zu sein, er habe es also durchaus nicht für selbstverständlich gehalten, daß der Regierung die Kriegskredite bewilligt werden müßten. Dieser gequälten, theoretisch aber immerhin mögliche Auslegung seiner Worte hat jedoch K. Kautsky bereits in seinem Artikel „Die Sozialdemokratie und der Krieg" in Nr. 1 der „Neuen Zeit" vom 2. Oktober 1914 einen festen Riegel vorgeschoben. Auf Seite 1 schreibt er da:

„Die Schlage ändert sich mit einem Schlage, sobald es sich herausstellt, daß wir nicht in der Lage sind, den Krieg zu verhindern, also, sobald er ausgebrochen ist. Solange nicht die Zeit zum Friedensschluß reif scheint, lautet die praktische Frage nicht mehr: Krieg oder Frieden, sie lautet: Sieg oder Niederlage des eignen Landes."

Nachdem Kautsky dann ausgeführt hat, auch nach Kriegsausbruch könne unter Umständen dem Krieg entgegengewirkt werden, ohne das eigne Land zu lähmen, doch dazu gehöre, daß „diese Gegenwirkung gleichzeitig und mit gleichem Erfolg auf beiden Seiten unternommen wird". Praktisch sei etwas Derartiges noch nie unternommen und seine Möglichkeit sei von der Sozialdemokratie stets bestritten worden. Deshalb könne davon ganz abgesehen werden, dann aber bleibe nach Kriegsausbruch nur die Frage bestehen: Sieg oder Niederlage?

Und Kautsky fährt fort: „**Nun ist selbstverständlich der Fall ausgeschlossen, daß man praktisch auf die Niederlage des eignen Landes hinarbeitet.**"

Kautsky hält das für ausgeschlossen. Damit verneint er die Möglichkeit, daß die deutsche Sozialdemokratie für eine andre als die deutsche Regierung hätte Partei ergreifen können. Seine Ausführungen vom 27. November 1914 enthalten demnach klipp und klar die Anforderung an die sozialdemokratische Fraktion, sie müsse der Regierung „die Mittel zur Kriegführung bewilligen". Das ist selbstverständlich nicht um deswillen richtig, weil Kautsky es sagt. Aber den unabhängigen Schreibhäusen, die das „diesem System keinen Mann und keinen Groschen!" auch auf den Kriegsfall angewendet wissen wollen, sollte es die Zunge zügeln, wenn ihr eigner engerer Parteifreund Kautsky noch während des Krieges sich in der angeführten Weise ausgesprochen hat. Ob sie nun aufhören werden, mit unserm „Verrat an den Parteigrundsätzen", den wir durch die Kreditbewilligung angeblich begangen haben, krebsen zu gehen, ist trotzdem nicht anzunehmen. Das würde ein Maß ehrlicher Sachlichkeit voraussetzen, das als vorhanden anzunehmen die Praktiken der unabhängigen Wortführer uns abgewöhnt haben. Die armen Leute haben nur eine einzige Walze auf ihrer Leier. Wird ein einziger Zahn herausgebrochen — und unsre Kreditbewilligung war der Hauptzahn —, so stimmt die ganze Walze nicht mehr und es bleibt nur mißtönendes Gedudel übrig.

Eines pikanten Reizes entbehrt nicht, daß der höchst „unabhängige" Kautsky nur die Parole Sieg oder Niederlage anerkennen will. Zu diesem alldeutschen Chauvinismus hat sich die Fraktion schon in ihrer Erklärung vom 4. August 1914 nicht bekannt. Sie hat da vielmehr ausdrücklich gefordert, daß die Regierung sofort Frieden zu schließen habe, sobald die Gegner zum Frieden bereit seien. Nicht wie die Alldeutschen und Kautsky predigen, vom Siege Deutschlands soll der Friedensschluß abhängig sein, sondern lediglich von der Friedensbereitschaft der Gegner. Das war und ist unsre Forderung. Wir haben hierin so wenig wie in irgendeiner andern Frage uns in der Kunst des Umkehrens geübt, die Kautsky so meisterhaft beherrscht. —

Kleine Chronik.

Die Sachen der Prinzessin Luise unter dem Hammer.

Die Zwangsversteigerung von Wertstücken der Prinzessin Luise von Belgien in München hat eine ganze Woche gedauert und 82 000 Mark erbracht. Für 70 000 Mark hatte der betreibende Gläubiger seine Forderung verkauft. 100 Paar Schuhe sowie die Leinen-, Woll- und Flanellsachen sind auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle für den Verkauf zurückgestellt worden. Der Zulauf zur Versteigerung war stark. —

Kindesmord in Berlin.

Ein Kindesmord in einem Berliner Hotel wurde in der Nacht zu Mittwoch unter seltsamen Umständen verübt. In einem Gasthof in der Mödernstraße kehrte nachts um 1 Uhr ein Paar ein, das sich als Ehepaar Fust aus Teschen eintrug und vom Nachtpförtner ein Zimmer anweisen ließ. Am Mittwoch kam es nicht zum Vorschein und ließ auch nichts von sich hören. Als nachmittags das Zimmermädchen klopfte, um aufzuräumen, antwortete die Frau, sie sei gleich fertig. Noch nicht allzu langer Zeit verließ denn auch die Frau das Zimmer. Das mit Blut verunreinigte Bett führte zu der Entdeckung, daß im Ofen inmitten von verbranntem Papier die angebrannte Leiche eines neugebornen Knaben lag, der allem Anschein nach erst in der Nacht geboren worden war. Den Mann hat niemand weggehen sehen, und auch die Frau ist verschwunden. —

Der Zigeuner Ebender.

Das Reichsgericht verwarf die Revision der drei Zigeunerbrüder Ernst, Wilhelm und Hermann Ebender, welche am 14. März vom Schwurgericht Hanau wegen Ermordung des Försters Romanus am 15. Februar 1912 zum Tode verurteilt worden waren. —

Eisenbahnunglück in Böhmen.

In der Station Lieben ereignete sich ein schwerer Unfall. Bei der Einfahrt eines von Olmütz nach Prag verkehrenden Personenzugs entgleisten, wahrscheinlich infolge falscher Weichenstellung, die drei letzten Wagen, wobei drei Personen getötet und vier schwer verletzt wurden. Weiter wurden noch sieben Personen minder schwer verletzt. Der Weichensteller, welcher an dem Unglück die Schuld tragen soll, ist gleich nach dem Unfall verschwunden und konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden. —

Die Millionärstochter im Kloster.

Im September vorigen Jahres verschwand in Wien Nelly Kainel, Tochter des Konstantinopler Millionärs Sami Kainel. Alle Bemühungen des Vaters, seine Tochter ausfindig zu machen, blieben bis vor kurzem erfolglos. Erst in den letzten Zeit erfuhr er durch das Budapester türkische Generalkonsulat, daß seine Tochter in Budapest im Hause des Ordens Notre dame de Zion verborgen gehalten werde, und es gelang ihm, mit ihr im Kloster zusammenzukommen. Das Mädchen, das inzwischen den katholischen Glauben angenommen hatte, empfing jedoch den Vater kühl und weigerte sich, in das elterliche Haus zurückzukehren. Nun wandte sich Kainel an den Waisenstuhl mit der Bitte, dieser möge seine väterlichen Rechte schützen. Jetzt fand vor dem Budapester Waisenstuhl die Verhandlung statt. Das Mädchen war in Begleitung einer Nonne erschienen. Sie wiederholte auch hier, daß sie nicht in das Elternhaus zurückkehren wolle. Kainel machte geltend, daß seine Tochter das 20. Lebensjahr noch nicht erreicht habe und daher nach türkischem Rechte der väterlichen Gewalt unterstehe. Heute hätte der Waisenstuhl seine Entscheidung fällen sollen. Nach Beendigung der Verhandlung aber, als die Parteien das Amtslokal verlassen hatten, ergriff Kainel seine Tochter, trug sie zu einem Wagen und fuhr mit ihr davon. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519170615-19/fragment/page=0006